



POSITIV

Ausbau der Medienfördermassnahmen vorerst gebremst

[22.425 | Ausbau der bewährten Medienfördermassnahmen](#)

Die Parlamentarische Initiative aus der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates (KVF-NR) wollte die bereits bestehenden allgemeinen Massnahmen zur Medienförderung ausbauen. Dies, nachdem das Volk erst am 13. Februar 2022 den weiteren Ausbau der Medienförderung bachab geschickt hatte. Konkret sollen die Änderungen des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG), die den zweiten Teil des Massnahmenpaketes zugunsten der Medien bildeten, rasch in Kraft gesetzt werden. Namentlich handelt es sich um die Unterstützung von Aus- und Weiterbildungsinstitutionen, Nachrichtenagenturen und Selbstregulierungsorganisationen sowie um IT-Investitionen. Ausserdem soll der Abgabenanteil zugunsten der privaten Radios und Fernsehen erhöht werden. Die Finanzierung soll in diesem Fall über die Zwangsabgabe für Radio und Fernsehen erfolgen. Der Nationalrat hat das Geschäft dank der geschlossenen Ablehnung von SVP und FDP mit 92 zu 87 Stimmen versenkt.

Kleine Kammer unterstützt eine Erhöhung des Armeebudgets auf 1% des BIP bis 2030

[22.3374 | Schrittweise Erhöhung der Armeeaussgaben](#)

Die von SVP-Ständerat Werner Salzmann eingereichte Motion verlangt, dass die Armeeaussgaben ab 2023 jährlich erhöht werden, so dass sie spätestens 2030 mindestens 1% des BIP betragen. Eine Minderheit von Links-Grün beantragte, die Motion abzulehnen. Der Ständerat nahm die Motion mit 32 zu 11 Stimmen an. Dadurch hat die kleine Kammer schnell auf den Krieg in der Ukraine reagiert und spricht sich für eine Stärkung der Schweizer Landesverteidigung aus. Eine gleichlautende Motion wurde bereits in der grossen Kammer angenommen ([22.3367 | Schrittweise Erhöhung der Armeeaussgaben](#)).



Nur SVP für Steuersenkung auf Benzin und Diesel – die anderen Parteien lassen den Mittelstand im Regen stehen

[22.3243 | Entlastungspaket zugunsten der Bevölkerung und Wirtschaft](#)

[22.3244 | Entlastungspaket zugunsten der Bevölkerung und Wirtschaft](#)

[22.3249 | Entlastungspaket zugunsten der Bevölkerung und Wirtschaft](#)

[22.3289 | Explodierte Benzin-, Diesel- sowie Brennstoffpreise für den Mittelstand und das Gewerbe senken](#)

[22.3356 | Explodierte Benzin-, Diesel- sowie Brennstoffpreise für den Mittelstand und das Gewerbe senken](#)

[22.3281 | Den Mittelstand aufgrund der stark gestiegenen Benzin- und Dieselpreise entlasten. Den Berufskostenabzug für Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte auf 6000 Franken anheben](#)

[22.3228 | Den Mittelstand aufgrund der stark gestiegenen Benzin- und Dieselpreise entlasten. Den Berufskostenabzug für Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte auf 6000 Franken anheben](#)

Aufgrund der Dringlichkeit, Familien, den Mittelstand und das Gewerbe bei den steigenden Benzin-, Diesel- und Heizölpreisen zu entlasten, hat die SVP eine ausserordentliche Session einberufen. Da der Staat über die Mehrwertsteuer von den höheren Treib- und Brennstoffpreisen profitiert, fordert die SVP Senkungen bei den Treibstoffabgaben. Fast 1 Franken pro Liter Benzin fliessen heute in die Staatskasse. Deshalb fordert die SVP Preissenkungen in mindestens der Grössenordnung von 40 Rappen pro Liter. Die SVP fordert zudem eine Verdoppelung des Pendlerabzugs, um Menschen, welche nicht in gut erschlossenen Stadtzentren leben, von den Folgen des überteuerten Benzins steuerlich zu entlasten. Die Mehrheit des Parlaments unterstützte die wirksamen und pragmatischen Forderungen der SVP jedoch nicht.

Linksgrün und Mitte wollen mittels einer Ausweitung des Schweizer Sanktionsregimes die Neutralität opfern

[19.085 | Embargogesetz. Änderung](#)

Der Bundesrat möchte das Embargogesetz in zwei Aspekten ändern. Erstens sollen bisherige Embargos und Sanktionen leichter fortgesetzt werden können. Zweitens möchte er leichter selbst Sanktionen verhängen dürfen und Staaten, welche die von der Schweiz verhängten Sanktionen umgehen, ebenfalls sanktionieren dürfen. Die SVP hat versucht diese Vorlage Neutralitätskonform zu gestalten, was aber von der Ratsmehrheit abgelehnt wurde. Bisher konnte die Schweiz nur Sanktionen ergreifen, wenn das Völkerrecht durch einen Staat gebrochen wurde. Die nationalrätliche Version des Embargogesetzes erlaubt es der Schweiz nun, selbst Sanktionen zu ergreifen und zudem zusätzlich Sanktionen gegen Länder auszusprechen, welche die Schweizer Weltsicht nicht mittragen. Damit greift die Schweiz direkt in die Souveränität anderer Staaten ein und wird dadurch selbst zur Konfliktpartei. Dies stellt einen klaren Bruch der schweizerischen Neutralität dar. Das Geschäft geht nun in die Differenzbereinigung.

Kosten des indirekten Gegenvorschlags zur Gletscher-Initiative: 3.2 Milliarden Franken!

[21.501 | Indirekter Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative. Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050](#)

Der indirekte Gegenentwurf, welcher gegen den Willen der SVP im Nationalrat angenommen wurde, will das Ziel Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050 gesetzlich verankern. Die

Vorlage sieht schrittweise Vorschriften bis hin zu 0g CO₂/km für alle neu in Verkehr gesetzten Personen- und Nutzfahrzeuge, ein Ziel zur klimaverträglichen Ausrichtung der Finanzmittelflüsse und weitere Massnahmen vor. Diese neuen Zwangsmassnahmen kosten 3.2 Milliarden Franken. Der Ständerat berät nun das Geschäft.

Nationalrat für indirekten Gegenvorschlag zur «Prämien-Entlastungs-Initiative»: Mehrkosten von jährlich 2.2 Milliarden Franken!

[21.063 Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien \(Prämien-Entlastungs-Initiative\). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag.](#)

Die von der SP lancierte Volksabstimmung zur Finanzierung von Prämienverbilligungen in der Krankenversicherung wurde sowohl vom Bundesrat als auch vom Nationalrat abgelehnt. Die Initiative fordert, dass keine versicherte Person mehr als 10% ihres verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien bezahlen muss. Um dies zu erreichen, sollen Bund und Kantone mehr zur Prämienverbilligung beitragen. Sowohl Bundesrat als auch Nationalrat erkennen das Problem der hohen Prämien an und stellen der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag entgegen. Der Bundesrat schiebt die Schuld gewissen Kantonen zu, die in den vergangenen Jahren ihren Beitrag an die Prämienverbilligungen nicht im gleichen Masse erhöht hätten wie der Bund. Dementsprechend sollen die Kantone finanziell stärker in die Pflicht genommen werden. Der Nationalrat ging sogar noch weiter und formulierte mehrere Ausnahmen bei den kantonalen Ausgaben, welche bei der Berechnung der kantonalen Mindestbeiträge zur Prämienverbilligung nicht berücksichtigt werden. Insgesamt will der Nationalrat in seinem Gegenvorschlag die Prämien mit geschätzt 2.2 Milliarden Franken verbilligen. Zudem soll ein neues Modell zum Ausbau der individuellen Prämienverbilligung eingeführt werden. Unverhältnismässig stark trifft dies die Landkantone, welche tendenziell geringere Gesundheitskosten haben und nun für die teureren Gesundheitskosten städtisch geprägter Gebiete mitzahlen sollen.

Anstatt die Stromversorgung sicherzustellen, werden Unternehmen subventioniert

[22.031 | Subsidiäre Finanzhilfen zur Rettung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft. Bundesgesetz und Verpflichtungskredit](#)

Der Ständerat hat am 16. Juni 2022 einen 10 Milliarden Franken umfassenden Rettungsschirm für Energieunternehmen beschlossen um die Stromunternehmen vor marktwirtschaftlichen Risiken zu schützen, statt Massnahmen zugunsten der Versorgungssicherheit zu ergreifen. Die SVP-Fraktion verlangte die Rückweisung der Vorlage mit dem glasklaren Auftrag, die Sicherstellung der Stromversorgung und nicht die Rettung von juristischen Personen in den Vordergrund zu stellen. Die SVP forderte den Bundesrat auf, angesichts der drohenden Katastrophe einer Strom-Mangellage, endlich der sicheren, unabhängigen und kostengünstigen Energieversorgung der Menschen und des Gewerbes in der Schweiz höchste Priorität einzuräumen.

Steuern / Abgaben

Anpassung bei der Besteuerung von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen

[21.077 | Bundesgesetz über die Besteuerung von Leibrenten und ähnlichen Vorsorgeformen](#)

Wie bereits der Bundesrat und die kleine Kammer, kam auch der Nationalrat zum Schluss, dass Leibrenten und ähnliche Vorsorgeformen der Säule 3b bei der aktuellen Zinslage zu hoch besteuert werden. Die vorliegende bundesrätlich Vorlage hat zum Ziel, den steuerbaren Anteil von Leibrenten flexibel an das Zinsniveau zu binden. Bisher wurden 40 Prozent als pauschaler Ertragsanteil besteuert. Mit 131 zu 37 Stimmen im Nationalrat kann dieser Überbesteuerung entgegen dem Willen der SP den Riegel geschoben werden.

Einen Mechanismus zur Regulierung der Brenn- und Treibstoffpreise für den Krisenfall schaffen

[22.3128 | Einen Mechanismus zur Regulierung der Brenn- und Treibstoffpreise für den Krisenfall schaffen](#)

Der Ukrainekrieg hat zu einer massiven Erhöhung der Treibstoffpreise geführt. Die Motion beauftragt den Bundesrat deshalb mit einer Änderung des Mineralölsteuergesetzes, damit zu starke Preisschwankungen für Brenn- und Treibstoffe vermieden werden können. Die geltende Gesetzgebung ermöglicht Steuererleichterungen nur für Treibstoffe, die in der Land- oder Forstwirtschaft, der Berufsfischerei oder von konzessionierten Transportunternehmungen verwendet werden. Der Ständerat lehnte dieses nur von der SVP geschlossen unterstützte Begehren mit 23 zu 15 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab.

Unverzügliche Einführung einer allgemeinen Steueramnestie

[20.3584 | Unverzügliche Einführung einer allgemeinen Steueramnestie](#)

Die Motion forderte Gesetzesbestimmungen für die unverzügliche Einführung einer allgemeinen Steueramnestie. Gegen eine Abgabe und in einem einfachen Verfahren sollten den Steuerbehörden entzogene Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuern wiederzufließen. Dies hätte die durch Covid-19 verursachten Ausfälle decken sollen: In der letzten allgemeinen Steueramnestie im Jahre 1969 waren 11,5 Milliarden an nicht versteuerten Vermögenswerten aufgetaucht. Der Bundesrat gab zu bedenken, dass heute mit der Selbstanzeige seit 2010 bereits über 80 Milliarden Franken Mehreinnahmen generiert wurden. Die Mo. wurde im Nationalrat, trotz grosser Unterstützung aus der SVP-Fraktion, deutlich abgelehnt.

Landwirtschaft

Auflösung des Fonds für Familienzulagen in der Landwirtschaft unbestritten

[22.018 | Bundesgesetzes über die Familienzulagen in der Landwirtschaft. Änderung](#)

Der Bundesrat beantragt mit dem vorliegenden Entwurf die Auflösung des Fonds für Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG). Da der Zweck des Fonds darin besteht, den Anteil der Kantone an den FLG herabzusetzen, soll das freigesetzte Kapital (32,4 Mio. Franken) innert zwei Jahren vollumfänglich an die Kantone ausbezahlt werden. Die Zinsen aus dem Fonds werden bisher dazu verwendet, die von den Kantonen zu entrichtenden Beiträge zu reduzieren. Seit 2018 erwirtschaftet der Fonds jedoch keine Zinsen mehr. Mit der Auflösung des Fonds werden die Finanzströme zwischen Bund und Kantonen vereinfacht. Die Auflösung hat jedoch keine Auswirkungen auf die Begünstigten von Leistungen. Dieser Bürokratieabbau ist aus Sicht der SVP zu begrüßen. Der Entwurf des Bundesrates wurde vom Nationalrat einstimmig angenommen.

Kein Schwanzcoupiere ohne Betäubung mehr

[21.3403 | Kein Schwanzcoupiere ohne Betäubung](#)

Der Ständerat folgte dem Nationalrat und nahm eine Motion oppositionslos an, die verlangte, dass das Coupieren von Schafen auch vor dem 7. Lebenstag der Tiere nur noch unter Schmerzausschaltung durchgeführt werden darf. Der Vorstoss wurde einstimmig angenommen.

Tierische Eiweisse als Schlachtnebenprodukte zulassen

[21.4073 | Tierische Eiweisse nicht mehr vernichten](#)

Im Sinne einer ganzheitlichen Nahrungsmittelproduktion verlangte die Motion von SVP-Nationalrat Strupler, eine Änderung der rechtlichen Grundlagen in Bezug auf Schlachtnebenprodukte. Diese Änderung soll erlauben, tierische Eiweisse aus Schlachtnebenprodukten von Schweinen und Hühnern wieder als Futtermittel für allesfressende Nutztiere zuzulassen. Der Ständerat als Zweitrat hiess das Begehren oppositionslos gut. Der Ball liegt nun beim Bundesrat, welcher eine Gesetzesvorlage ausarbeiten muss.

Keine toxischen Pflanzenschutzmittel mehr für Hobbyanwender, fordert der Ständerat

[20.4579 | Pflanzenschutzmittel, die für Menschen, Insekten oder Gewässerlebewesen toxisch sind. Keine Zulassung mehr für die nichtberufliche Anwendung](#)

Die Motion von Ständerätin Maya Graf (Grüne) fordert das Verbot von toxischen Pflanzenschutzmitteln für die nicht-berufliche Anwendungen. Zudem sind alle Pflanzenschutzmittel, die zum Verkauf an bzw. zur Anwendung durch Hobby-Anwender zugelassen bleiben, auf einer Positivliste aufzuführen und laufend zu aktualisieren. Die Liste soll auf die Bedürfnisse der Zielgruppe zugeschnitten sein, heutigen Anforderungen an die Transparenz und Benutzerfreundlichkeit solcher Datenbanken entsprechen und sich am Ziel der Risikoreduktion orientieren. Zudem dürfen den Hobby-Anwendern Pflanzenschutzmittel nur noch in kleinen Gebinden kaufen. Der Ständerat nahm die Motion, gegen den Willen der SVP, mit 20 zu 15 Stimmen bei 2 Enthaltungen an. Der Ball liegt nun beim Nationalrat.

Kleine Kammer verwehrt Schweizer Käseproduktion den Schutz vor ausländischer Billig-Milch

[21.3053 | Stopp dem Milchchaos](#)

Das Anliegen von SVP-Ständerat Werner Salzmann forderte ein Importverbot für Milch, welche für den Veredelungsverkehr in die Schweiz eingeführt wird. Importierte Milch, welche für den Veredelungsverkehr zugelassen ist, setzt den regionalen Bauern aufgrund des tiefen Milchpreises stark zu. Anstatt jedoch nur Schweizer Milch für die Produktion des Schweizer Käses zuzulassen, verwarf die kleine Kammer das Begehren mit 23 zu 18 Stimmen abschliessend.

Transparenz beim Veredelungsverkehr unbestritten

[21.3237 | Transparenz beim Veredelungsverkehr](#)

Die Motion von SVP-Nationalrat Marcel Dettling beauftragt den Bundesrat, dass betroffene Kreise automatisch von der Verwaltung über Entscheide zu den Veredelungsverkehrsgesuchen im Agrarbereich informiert werden. Solche Entscheide sind häufig sehr marktrelevant punkto Preis, Menge und Zeitpunkt. Die Markttransparenz ist heute mangelhaft, da die Information zu diesen Entscheiden häufig unvollständig und zeitverzögert erfolgt. Die Motion wurde im National- und nun auch vom Ständerat oppositionslos angenommen.

Stärkung der Wertschöpfung beim Käse abgelehnt

[18.3711 | Stärkung der Wertschöpfung beim Käse](#)

Die Voraussetzungen zur Ausrichtung der Verkäsungszulage sollten durch diese Motion angepasst werden. Insbesondere sollte die Zulage nach Fettgehalt des Käses abgestuft werden, die Auszahlung der Verkäsungszulage an Verarbeiter, die Preisdumping betreiben, verweigert und Transparenz über die Einhaltung der Mindestpreise geschaffen werden. Die SVP pochte darauf, den ursprünglichen Wortlaut beizubehalten und somit die in den letzten Jahren bereits stark gebeutelten Schweizer Milchproduzenten wirkungsvoll zu unterstützen. National- und Ständerat wurden sich über den genauen Wortlaut der einzureichenden Motion nicht einig, der Ständerat lehnte das Geschäft schliesslich oppositionslos ab.

Keine Förderung der Vorweide

[18.3927 | Keine Benachteiligung von Dreistufenbetrieben bei Tierwohlprogrammen](#)

SVP-Nationalrat Erich von Siebenthal wollte mit seiner Motion die Bestimmungen zum Programm "Besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme" (BTS) so anpassen, dass Betriebe mit Vorweiden in der landwirtschaftlichen Nutzfläche anteilmässig an diesem Programm teilnehmen können. Damit wäre die Vorweide, eine Zwischenstufe zwischen Talbetrieb und Sömmerungsweide, wo die Tiere nur wenige Wochen Aufenthalt pro Jahr haben, von den Bestimmungen des BTS ausgenommen worden. Im Nationalrat wurde die Motion deutlich angenommen. Der Ständerat argumentierte, dass den speziellen Bedürfnissen mit Sömmerungsweiden bereits genügend Rechnung getragen wurde. Die kleine Kammer lehnte den Vorstoss einstimmig ab.

Umweltschonende landwirtschaftliche Maschinen und Verfahren unterstützen

[21.4383 | Umweltschonende landwirtschaftliche Maschinen und Verfahren unterstützen](#)

Die Motion von SVP-Ständerat Werner Salzmann verlangt vom Bundesrat, die Landwirtschaftsgesetzgebung so anzupassen, dass der Kauf von Maschinen und Verfahren, die zur Erreichung der Umweltziele beitragen, mit à fonds perdu-Beiträgen und Investitionskrediten unterstützt werden können. Bestimmungen zur Vermeidung einer Überausstattung und zur Erreichung einer Mindestnutzungsschwelle sind vorzusehen. Die gezielte Förderung von umweltfreundlichen Technologien ist aus SVP-Sicht, im Gegensatz zu schwer umsetzbaren Verhaltensänderungen, zu begrüssen. Im Ständerat wurde das Geschäft mit 31 zu 7 Stimmen klar angenommen.

Ökologische Kompensation beim Freihandel verworfen

[19.4018 | Ökologische Kompensation beim Freihandel](#)

Der Bundesrat wäre mit dieser Motion von FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann beauftragt worden, Massnahmen auszuarbeiten, welche den regionalen Verkauf von nachhaltig produzierten Produkten aus der Schweiz fördern. Damit sollte die Marktposition dieser Schweizer Produkte gegenüber importierten, weniger nachhaltig produzierten Lebensmitteln gestärkt werden. Mit grosser Mehrheit nahm der Nationalrat diese Motion an. Der Ständerat lehnte diese Motion nun oppositionslos ab. Jedoch fordert die kleine Kammer ein Kommissionspostulat, bei welchem die bestehenden Instrumente zur Stärkung der regionalen Produkte weiterentwickelt werden.

Kleine Kammer sieht keinen Handlungsbedarf für die Förderung des Schweizer Zuckers

[20.4168 | Gleich lange Spiesse für den Schweizer Zucker](#)

[21.318 | Das Verschwinden des Schweizer Zuckerrübenanbaus muss verhindert werden](#)

Die Ausbreitung der Vergilbung bei den Zuckerrüben ist schädlich für die Schweizer Zuckerproduktion und hat auch Konsequenzen für die Landwirtschaft. Auf den 1. Januar 2019 hat die EU ein Verbot für drei Neonicotinoide erlassen. Die Schweiz hat diese Entscheidung sofort übernommen. SVP-Ständerat Jakob Stark forderte in seiner Motion eine befristete Ausnahmebewilligung für die neonicotinoidhaltige Zuckerrüben-Saatgutbeizung, um mit zahlreichen EU-Ländern gleichzuziehen, die bereits Ausnahmebestimmungen erlassen hatten. Zudem sollte die Forschung zur Bekämpfung der BYV-Viren gefördert werden. Eine Standesinitiative aus dem Kanton Freiburg beinhaltete dieselben Forderungen. Die Motion Stark wurde deshalb zurückgezogen. Am gleichen Tag entschied der Ständerat, der Standesinitiative keine Folge zu geben, da bereits genügend Ausnahmeregelungen in Kraft seien.

Unterstützung für den "Hörnerfranken" als Tierwohlbeitrag (Hornkuh-Motion)

[21.3197 | Einen "Hörnerfranken" als Tierwohlbeitrag einführen \(Hornkuh-Motion\)](#)

Die Hornkuh-Initiative von 2018 lehnte das Stimmvolk mit 54.7 Prozent ab. Die Motion von SP-Ständerat Roberto Zanetti will den Bundesrat nun erneut beauftragen, in der Direktzahlungsverordnung die Bezahlung eines angemessenen, nach Tiergattung abgestuften Beitrages für die Belassung der Hörner vorzusehen. Im gleichen Zuge soll eine Erhöhung des Zahlungsrahmens der Direktzahlungen beantragt werden. Aus Sicht der SVP ist diese Vorlage abzulehnen,

da hörnertragende Kühe im Vergleich zu Kühen ohne Hörner den Versorgungsauftrag der Landwirtschaft nicht erleichtern. Es gibt deshalb keinen Grund die Direktzahlungen zu erhöhen. Der Ständerat hat der Hornkuh-Motion jedoch mit 23 zu 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen knapp zugestimmt.

Keine praxisorientierte Anpassung der Weidezeit

[22.3227 | RAUS-Programm. Weidezeitpunkt an Winterfütterung und damit der Realität anpassen](#)

Der Bundesrat wird in dieser Motion von SVP-Ständerat Werner Salzmann beauftragt, die spezifischen Anforderungen für den Weidezeitpunkt für das RAUS-Programm ab der Bergzone 1 so anzupassen, dass wenn vegetationsbedingt im Mai und Oktober kein Weidegang möglich ist, die Bestimmungen vom RAUS 13 mal Laufhof pro Monat anteilmässig zu erfüllen sind. Die Vorschriften für das Berggebiet ab Bergzone 1 müssen praxistauglich gemacht werden. Es ist offensichtlich, dass der Frühling und damit die Möglichkeit, die Kühe auf die Weide zu treiben, nicht in der ganzen Schweiz und allen Höhenlagen am gleichen Tag im Jahr beginnt. Der Ständerat hat das Geschäft jedoch mit 21 zu 19 Stimmen bei 4 Enthaltungen versenkt.

Beide Räten für die Förderung von robusten Obst- und Gemüsesorten

[21.3832 | Robuste Sorten. Potenzial ausschöpfen!](#)

Wie der Nationalrat in der Herbstsession 2021 hat auch der Ständerat die Motion oppositionslos angenommen, welche den Bundesrat beauftragt, den Anbau robuster, älterer Obst- und Gemüsesorten durch vermehrte Bereitstellung von Ressourcen im Bereich Nachhaltige Nutzung und Züchtungsgelder zu fördern. Der Bundesrat wird nun die Förderung der Züchtung noch stärker auf robuste und resistente Sorten ausrichten, damit der Absenkpfad Pflanzenschutzmittel mit möglichst geringen Einbussen bei der Produktion erreicht werden kann. Die dafür benötigten Ressourcen sollen durch eine Priorisierung im Rahmen des bestehenden Budgets zur Verfügung gestellt werden.

Kein Heu-Einstreuungspflicht für Schweinebetriebe

[20.3648 | Schlafen im Stroh auch für Schweine](#)

Der Nationalrat lehnte mit 100 zu 86 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Motion ab, die den Bundesrat beauftragte, die Beschäftigungspflicht dahingehend zu verschärfen, dass bei allen Schweine-Kategorien stets eingestreut werden muss. Eine solche Pflicht würde aufgrund Bodenbeschaffenheit in vielen Schweineställen zu Hygieneproblemen führen. Ausserdem verlangt die Tierschutzgesetzgebung heute schon, dass Schweine jederzeit eine Beschäftigungsmöglichkeit geboten wird und zwei Drittel der Schweine in der Schweiz haben schon heute jederzeit Zugang zu einem eingestreuten Liegebereich.

Finanzplatz

Kein SNB-Geld für die Energiestrategie 2050

[20.326 | Gewinne aus den Direktinvestitionen der SNB zurück an die Schweizer Bevölkerung](#)

Die Standesinitiative aus dem Kanton Jura wollte einen Fonds zur Umsetzung der Energiepolitik 2050 schaffen. Dieser Fonds wäre durch Erträge aus den Aktiendividenden, Erträge aus den Obligationen und anderen Zinserträgen sowie durch Erträge aus den Negativzinsen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) finanziert worden. Die Mittel hätten beispielsweise dazu verwendet werden sollen, um die erneuerbaren Energien und die Kreislaufwirtschaft zu fördern und die Bevölkerung für den Klimawandel zu sensibilisieren. Stände- und Nationalrat haben diesem linksgrünen Begehren keine Folge gegeben. Die Umsetzung dieser Standesinitiative hätte die Unabhängigkeit und den geldpolitischen Auftrag der Nationalbank gefährdet.

Kleine Kammer sieht keinen Handlungsbedarf bei der Gewaltentrennung in der Finanzmarktregulierung

[17.3976 | Gewaltentrennung in der Finanzmarktregulierung](#)

Diese Motion aus der Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates wollte die Kompetenzen in der Finanzmarktregulierung klar verteilen. Die Regulierung im Bereich des Finanzmarktes sollte als Sache von Parlament und Bundesrat definiert werden. Die Finma müsse sich auf ihre Kernaufgabe, die Aufsichtstätigkeit mittels der Verabschiedung von Rundschreiben, beschränken. Im Nationalrat wurde das Geschäft im Jahre 2018 deutlich angenommen, auch von der geschlossenen SVP-Fraktion. Die Kommission des Ständerats sah die Forderungen der Motion vier Jahre später bereits als erfüllt. Der Bundesrat hat mittlerweile eine Verordnung über die «klaren Verantwortlichkeiten zwischen Finanzmarktpolitik und Finanzmarktaufsicht» erlassen. Der Ständerat versenkte das Geschäft deshalb oppositionslos.

Werkplatz

Hotelkredite sollen auch für Stadt-Betriebe zugelassen werden

[22.3021 | Gleich lange Spiesse für städtische Individualbetriebe in der Hotellerie](#)

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N) möchte den Bundesrat beauftragen, den Förderperimeter der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) auf die gesamte Schweiz auszuweiten und die SGH mit den nötigen Ressourcen auszurüsten. Der Förderperimeter, der aktuell auf die Berggebiete begrenzt ist, soll auf die grossen Städte ausgeweitet werden. In dieser Gesellschaft werden die Bergregionen in kurzer Zeit massiv unter Druck kommen, wenn dort plötzlich die Städte mit ihren grossen Hotelprojekten Kredite beantragen. Deshalb war die SVP sowohl in der Kommission als auch im Nationalrat geschlossen gegen diese Motion. Leider vergeblich, alle anderen Parteien stimmten zu.

Keine zusätzliche Förderung von Projekten zum Bau und zur Sanierung von Hotels

[20.4075 | Projekte zum Bau und zur Sanierung von Hotels in der Schweiz fördern](#)

Die Motion von FDP-Nationalrat Olivier Feller beauftragte den Bundesrat Massnahmen zu ergreifen, damit auch ausländische Investoren Hotel-Projekte finanzieren dürfen und Bewilligungen zur Erstellung von touristisch bewirtschafteten Wohnungen bekommen können. Gemäss Bundesrat gibt es tatsächlich verschiedene Schnittstellen zwischen dem Zweitwohnungsgesetz und der Lex Koller. Diese Fragen werden vertieft abgeklärt, aber der Bundesrat sieht keinen Handlungsbedarf für eine Revision des Zweitwohnungsgesetzes. Aus Sicht der SVP ist eine Aufweichung der Lex Koller kritisch zu sehen, der Begriff «touristisch bewirtschaftete Wohnungen» ist breit interpretierbar. Die Motion wurde vom Nationalrat und der grossen Mehrheit der SVP-Fraktion versenkt.

Grosse Kammer will Schweizer Wein fördern

[22.3022 | Förderung von Schweizer Wein stärken](#)

Die Mittel zur Förderung von Schweizer Weinen sollen auf 9 Millionen Franken pro Jahr erhöht werden, sofern sie Nachhaltigkeits- und Qualitätskriterien erfüllen, forderte die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates (WAK-N). Die Marktposition des Schweizer Weins muss durch die Erhöhung der Absatzförderung langfristig gestärkt werden, insbesondere gegenüber der europäischen Konkurrenz, die ihrerseits von staatlichen Beihilfen profitiert. Das Geschäft wurde im Nationalrat mit 98 zu 61 Stimmen angenommen, alle Parteien waren dabei gespalten. Der Grossteil der SVP-Fraktion stimmte zu.

Schweizer Programm für exzellente Forschung und Innovation breit angenommen

[22.3375 | Schweizer Programm für exzellente Forschung und Innovation](#)

Mit 164 zu 7 Stimmen hat der Nationalrat den Bundesrat beauftragt, für die Schweiz ein umfassendes Programm zu schaffen, um weltweit die besten Forschenden und Start-Ups anzuziehen. Damit wird eine umfassende Strategie beschlossen, die definiert, wie wir die exzellentesten Forscher und die besten Start-ups in unserem Land beherbergen können. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Beide Räte fordern die Möglichkeit der Erstreckung der Verlustverrechnung auf zehn Jahre

[21.3001 | Möglichkeit zur Verlustverrechnung auf zehn Jahre erstrecken](#)

Für viele Unternehmen/Branchen zeichnete sich während der Covid-Krise ab, dass die Erholung des Geschäftes länger dauern dürfte. Die Möglichkeit einer verlängerten Verlustverrechnung kann die Unternehmen beim Neuaufbau des Geschäftes unterstützen, wenn sie wieder die Gewinnzone erreicht haben. Die Motion will die gesetzlichen Grundlagen deshalb so anpassen, dass Verluste, die ab dem Jahr 2020 eingetreten sind, während 10 Jahren (anstatt wie heute während 7 Jahren) steuerwirksam vorgetragen werden können. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat dem Geschäft zugestimmt, beide Male mit geschlossener Unterstützung der SVP-Fraktion.

Ständerat gegen Vereinheitlichung der Sanktionsverfahren in Bezug auf das Entsendegesetz

[18.3108 | Meldepflicht nach dem Entsendegesetz und nach der VEP. Sanktionsverfahren bei Verstössen vereinheitlichen](#)

Der Vorstoss von FDP-Nationalrat Giovanni Merlini forderte, die Verordnung über die Einführung des freien Personenverkehrs (VEP) so anzupassen, dass die Strafe bei Nichteinhaltung des Meldeverfahrens durch selbstständige Dienstleister oder durch Schweizer Arbeitgeber eine Verwaltungssanktion und nicht mehr eine strafrechtliche Busse nach sich zieht. Auf diese Weise sollte die VEP an die im Entsendegesetz (EntsG) vorgesehene Regelung angeglichen werden. Die ständerätliche Kommission argumentierte nun, dass der Weg zur Harmonisierung dieser Sanktionen nur über die Anpassung des Ausländergesetzes führen kann. Der Ständerat versenkte deshalb die Motion oppositionslos.

Keine Stärkung von kantonalen Mindestlöhnen im Entsendegesetz

[21.032 | Entsendegesetz. Änderung](#)

Die bundesrätliche Vorlage soll ausländische Arbeitgeber verpflichten, ihren entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die kantonalen Mindestlöhne zu bezahlen, sofern diese unter den Geltungsbereich der kantonalen Mindestlohngesetze fallen. Zugleich soll eine explizite Regelung der finanziellen Folgen einer Nichterfüllung oder einer mangelhaften Erfüllung von Beobachtungs- und Vollzugsaufgaben ins Gesetz aufgenommen werden. Im Gegensatz zum Nationalrat, welcher die Vorlage unterstützte, trat die kleine Kammer zweimal nicht auf die Vorlage ein. Damit ist dieses Geschäft im Sinne der SVP vom Tisch.

Kleine Kammer fordert Schluss mit dem Meldeschein-Chaos in der Beherbergung

[21.4426 | Schluss mit dem Meldeschein-Chaos in der Beherbergung](#)

Die Meldepflicht bei gewerbsmässiger Beherbergung von Gästen soll über eine nationale digitale Lösung umgesetzt werden. Die Vollzugshoheit und föderalen Kompetenzen sollen dabei gewahrt bleiben. Dadurch soll auch die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Tourismus gefördert werden. Dies fordert die Motion von Mitte-Ständerätin Andrea Gmür. Die Frage des Föderalismus stellt sich natürlich trotzdem, hier soll eine bisher kantonale Kompetenz beim Bund zentralisiert und digitalisiert werden. Andererseits ist dies ein Bürokratieabbau für die Hotellerie. Im Ständerat wurde das Begehren mit nur einer Gegenstimme angenommen.

Unterstützung des Schweizer Tourismus unbestritten

[21.3278 | Der Schweizer Tourismus braucht ein schnelles, wirksames und auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes Unterstützungsprogramm](#)

[21.3743 | Nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung im Tourismus über Innotour stärken](#)

FDP-Nationalrat Damien Cottier fordert die Einführung eines Unterstützungsprogramms, welches die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Tourismus sicherstellt. Dieses Programm soll auf bestehenden Instrumenten beruhen. Die SVP war grossmehrheitlich gegen diese Vorlage, die Unterstützung des Tourismus darf keine staatliche Daueraufgabe werden. Beide Kammern stimmten dem Begehren jedoch klar zu. Daran anknüpfend hat SP-Ständerat Hans Stöckli eine zusätzliche Motion lanciert, die bei innovativen Tourismus-Projekten (Innotour) für

nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung eine langfristige Finanzierungsmöglichkeit ermöglichen will. Der Ständerat stimmte der Vorlag klar zu.

Schaffung einer unnötigen Rohstoffmarktaufsichtsbehörde abgelehnt

[22.3031 | Rohstoffhandel stärker in die Pflicht nehmen mit einer unabhängigen Rohstoffmarktaufsicht. Korruption und Geldwäscherei reduzieren](#)

Die Motion der Grünen wollte eine neue Aufsichtsbehörde schaffen, obwohl die für die Umsetzung der Geldwäschereigesetzgebung und insbesondere die Aufsicht zuständigen Behörden derzeit über hinreichende Rechtsgrundlagen und Mittel, um Geldwäscherei und Korruption zu verhindern, verfügen. Zudem sind die Finanzintermediäre einschliesslich der Schweizer Banken, die den Handel der Rohstoffe finanzieren, gesetzlich zur Meldung von Verdachtsfällen von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung an die Meldestelle für Geldwäscherei verpflichtet. Schliesslich unterliegen die grössten Akteure des Sektors den 2022 in Kraft getretenen Sorgfalts- und Transparenzpflichten bezüglich Mineralien und Metallen aus Konfliktgebieten und Kinderarbeit sowie der Pflicht zur Berichterstattung über nichtfinanzielle Belange (Umwelt, Menschenrechte). Der Nationalrat hat die Schaffung einer Rohstoffmarktaufsicht mit 103 zu 80 Stimmen bei 1 Enthaltung im Sinne der SVP abgelehnt. Sie ist somit vom Tisch.

Aussenpolitik

Die internationale Währungshilfe wird fortgeführt

[21.078 | Internationale Währungshilfe. Weiterführung](#)

Über den Internationalen Währungsfond (IWF) besteht die Verpflichtung, dass Mitgliedstaaten eine Reserve für internationale Währungshilfe bereithalten müssen. Mit diesen Geldern können der IWF oder bedürftige Staaten direkt, schnell und unbürokratisch unterstützt werden. Die Währungshilfe der Schweiz beträgt 10 Milliarden Franken, ist für 5 Jahre angesetzt und läuft 2023 aus. Die Verlängerung dieses verpflichtenden Hilfskredits bis 2028 wurde am 16. März einstimmig im Ständerat genehmigt. Der Nationalrat stimmte am 8. Juni ebenfalls mit grosser Mehrheit für die Verlängerung.

Aussenpolitischer Bericht 2022

[22.009 | Aussenpolitischer Bericht 2021](#)

Am 2. Februar wurde der aussenpolitische Bericht für das Jahr 2022 vom Bundesrat verabschiedet. Dieses Jahr erhält der Bericht wegen des fortlaufenden Krieges in der Ukraine besondere Aufmerksamkeit. Der Bericht spricht Tendenzen im Bereich Grossmachtrivalität, Globalisierung, Instabilität am Rande Europas, Frieden und Sicherheit, Nachhaltigkeit, Schweizer Einsatz für den Multilateralismus und den geplanten Sitz der Schweiz im UN-Sicherheitsrat an. Der Bericht wurde am 1. März vom Ständerat und am 13. Juni 2022 vom Nationalrat zur Kenntnis genommen.

Der Bundesrat muss eine Zukunftsstrategie für die Beziehungen mit der Europäischen Union formulieren

[21.4184 | Eine nachhaltige Strategie für die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU erarbeiten](#)

Der parteilose Ständerat Thomas Minder (Fraktion SVP) fordert in einer Motion den Bundesrat dazu auf eine mittel- und längerfristige Strategie für eine nachhaltige Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU auszuarbeiten. Ziel ist es, dass die Schweiz weiterhin am EU-Binnenmarkt teilnehmen kann und in ausgewählten Interessenbereichen unter Wahrung ihrer politischen Eigenständigkeit mit der EU kooperieren kann. Nach dem Ende der Verhandlungen über einen Rahmenvertrag mit der EU ist dieses Thema besonders wichtig, vor allem da der Bundesrat momentan anscheinend keine klare Strategie für die zukünftige Beziehungen zur EU hat. Beide Räte nahmen die Motion an.

Der Bundesrat soll die Teilnahme der Schweiz an den EU-Forschungsprogrammen garantieren

[22.3012 | Dringliche Massnahmen zugunsten des Schweizer Forschungs-, Bildungs- und Innovationsstandorts](#)

Mit dem Abbruch der Verhandlungen zum institutionellen Rahmenabkommen ist die weitere Teilnahme von schweizerischen Universitäten an Forschungsprogrammen der EU nicht mehr garantiert. Explizit ist die Schweiz nicht mehr Teil der Programme Horizon Europe, Digital Europe, ITER, Euratom und Erasmus+. Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates fordert daher, dass die Schweiz so schnell wie möglich die Assoziierung als Drittstaat im Forschungsbereich der EU erhält, damit sie weiter an den EU-Forschungsprogrammen teilnehmen kann. Der Nationalrat nahm die Motion äusserst knapp mit 93 zu 92 Stimmen bei 6 Enthaltungen an, einzig die SVP stimmte geschlossen gegen die Motion.

Humanitäre Hilfe für die Ukraine soll aufgestockt werden

[22.3073 | Humanitäre Hilfe für die Ukraine](#)

Aufgrund des fortlaufenden Krieges in der Ukraine fordert die aussenpolitische Kommission des Nationalrates, dass ein Nachtragskredit in der Höhe von 15 Millionen Franken für zusätzliche humanitäre Hilfe in der Ukraine gesprochen werden. Die Motion wurde stillschweigend angenommen. Die Motion geht nun in den Ständerat.

Schaffung einer Taskforce für die Sperrung von russischen und belarussischen Oligarchengeldern abgewendet

[22.3214 | Schaffung einer Taskforce für die Sperrung der Vermögenswerte russischer und belarussischer Oligarchinnen und Oligarchen](#)

Die SP fordert die Einführung einer Taskforce, welche sich alleine mit dem Aufspüren, Sperren und Konfiszieren von Geldern von Sanktionierten russischen und belarussischen Personen beschäftigen soll. Wie der Bundesrat ausführt, funktioniert das Sanktionsregime bisher bereits zufriedenstellend und es gebe keinen Bedarf für eine solche Taskforce. Im Sinne der SVP lehnte die grosse Kammer das Begehren mit 103 zu 78 Stimmen bei 3 Enthaltungen ab. Die Grünliberalen unterstützen zusammen mit SP und Grünen jedoch diese wirtschaftsfeindlichen und staatspolitisch verwerflichen Forderungen.

Kein Einbezug der Bundesversammlung bei Beschlüssen über Leben und Tod des UN-Sicherheitsrats

[22.3118 | Militärische Interventionen des UNO-Sicherheitsrats. Miteinbezug der Bundesversammlung](#)

Während des schweizerischen Sitzes im UN-Sicherheitsrat, soll sichergestellt werden, dass der Bundesrat in den Vereinten Nationen nicht die Bundesversammlung umgehen kann. Dementsprechend fordert der unabhängige Ständerat Thomas Minder (SVP Fraktion), dass die Bundesversammlung in Fragen, welche mögliche militärische Interventionen des UN-Sicherheitsrates betreffen, einzubeziehen ist. Hierbei kann es sich potenziell um heikle Fragen handeln, welche den Status der Schweiz als neutralen Staat betreffen könnten und somit das Image der Schweiz in der Welt nachhaltig schaden kann. Deshalb muss vor solchen Fragen dringend die Meinung der Bundesversammlung eingeholt werden. Der Bundesrat argumentierte erfolgreich, dass eine Befragung des Parlaments im UN-Sicherheitsrates aus Zeitgründen nicht immer möglich sei und dementsprechend sei die Motion so gar nicht umsetzbar. Die Mehrheit des Ständerates folgte der Argumentation des Bundesrates und lehnte die Motion am 16. Juni mit 23 zu 12 Stimmen und 3 Enthaltungen ab.

Keine unsinnige Erhöhung der Hilfsgelder für Afghanistan

[21.3976 | Krise in Afghanistan. Beitrag der Schweiz zu Stabilität und Frieden in der Region](#)

Die Lage in Afghanistan bleibt seit dem Abzug der amerikanischen Truppen angespannt. Die aussenpolitische Kommission des Nationalrates fordert daher, dass die Schweiz ihre humanitären Bemühungen mit allen involvierten Parteien in der Region intensiviert. Gleichzeitig soll ein zusätzlicher Kredit für Hilfsgelder freigegeben werden, welcher sich an den Hilfsgeldern für Syrien orientiert. Damit will die aussenpolitische Kommission ein Land, in dem die Schweiz die de-facto Machthaber nicht anerkennt und es keine verlässlichen Ansprechpartner gibt, welche für die Sicherheit schweizerischer Hilfsleistungen garantieren können, mit Millionenbeträgen

unterstützen. Der Nationalrat hatte Motion am 10. März zugestimmt, der Ständerat beschloss jedoch am 16. Juni die Motion abzulehnen. Die Motion ist somit erledigt.

Nationalrat stimmt für die Sanktionierung von ausländischen Politikern ohne vorhergehende rechtstaatliche Abklärung

[19.501 | Einführung einer Rechtsgrundlage für gezielte Sanktionen bei schweren Menschenrechtsverletzungen und Korruption durch hochrangige Politiker und Politikerinnen](#)

Die SP fordert in einer parlamentarischen Initiative, dass der Bundesrat die Kompetenz erhält, selbständig Konten- und Reisesperren gegen einzelne hochrangige ausländische Politikerinnen und Politiker zu verhängen, wenn diese Menschenrechtsverletzungen begangen haben oder in schweren Korruptionsfällen verwickelt sind. Dieser Initiative wurde mit 104 zu 74 Folge gegeben, einzig die SVP und die FDP Fraktionen stellten sich gegen die Initiative. Diese Initiative entspricht einem ideologisch linken Weltbild. Sie verlangt, dass Politiker eigenständig sanktioniert werden können, wenn diese an Menschenrechtsverletzungen oder grossen Korruptionsfällen beteiligt waren. Abgesehen von der ungeklärten Frage was als Menschenrechtsverletzung gilt und ab wann ein Korruptionsfall «gross» ist, ist die Sanktionieren von Personen ohne vorangehende gründliche Abklärung eine Verletzung der Rechtstaatlichkeit. Die Initiative schliesst mit ein, dass Personen bereits vor einer nachgewiesenen Tat bestraft werden können.

Infrastruktur

Information über die mögliche Schliessung von Poststellen auf die lange Bank geschoben

[17.3888 | Schliessung von Poststellen an zentralen Orten](#)

Die Motion von SVP-Nationalrat Jean-Pierre Grin will, dass die Post betroffene regionale Vereine und Gemeinden über die mittel- und langfristige Perspektive des Poststellennetzes informiert und diese mit ihnen auch diskutiert. Die Motion wurde bereits in der Herbstsession 2019 vom Nationalrat angenommen. Im Winter 2022 erschien der Schlussbericht der Expertenkommission Grundversorgung Post. Der Bundesrat wird noch vor den Sommerferien Stellung zu diesem Bericht beziehen. Die Verkehrskommission des Ständerates will diesen Bericht abwarten und hat deshalb beschlossen, die Motion zusammen mit sämtlichen hängigen Geschäften dieses Themenkomplexes zu sistieren.

Verkehr

Personenbeförderungsgesetz: Ermässigungen werden nicht gestrichen

[21.039 | Personenbeförderungsgesetz. Änderung](#)

Der Bundesrat bekräftigt in seiner Botschaft vom 4. Juni 2021, dass mit mehr Transparenz, Prozessoptimierungen und eindeutigen Verantwortlichkeiten auf die Subventionsfälle um die Post-Auto AG und die BLS AG reagiert werden müsse. Insgesamt sollen die Bestimmungen und Kontrollen präzisiert werden. Nachdem National- und Ständerat das Geschäft erstmalig behandelt hatten, wurden nun die Differenzen im Nationalrat bereinigt. Den Antrag der von der SVP unterstützten Minderheit, Ermässigungen für Kinder und Jugendliche im Rahmen von Schul- oder Sportanlässen zu streichen, lehnte der Nationalrat ab. Bundeshaushalt und Steuerzahler werden somit zusätzlich belastet.

Kleine Kammer unterstützt massvolles Strassenverkehrsgesetz

[21.080 | Strassenverkehrsgesetz. Änderung](#)

Im Zentrum des Revisionspakets steht die Reduktion von Treibhausgasen, die Erhöhung der Verkehrssicherheit und das automatisierte Fahren. Aus Sicht der SVP konnten im Rahmen der Teilrevision bereits im Nationalrat erhebliche Verbesserungen erzielt werden: Abschwächung der übertriebenen «Via sicura»-Massnahmen und Strafen, Aufhebung des Rundstreckenrennverbotes, keine Delegationsnorm zuhanden des Bundesrates zur Einführung einer

Velohelmpflicht für Jugendliche, Erleichterungen für Dienstfahrten von Blaulichtorganisationen etc. Zudem sollen Raser nicht mehr zwingend ins Gefängnis müssen. Die SVP befürwortet hier einen Ermessensspielraum, wie in anderen Rechtsbereichen üblich. Im Ständerat wurden diese Anpassungen nun einstimmig bestätigt.

Keine Harmonisierung der Bemessung der Motorfahrzeugbesteuerung

[19.3513 | Harmonisierung und Ökologisierung der Bemessung der Motorfahrzeugbesteuerung](#)

Der Bundesrat sollte gemeinsam mit den Kantonen ein Bemessungssystem für die Erhebung der Motorfahrzeugbesteuerung erarbeiten, welches in das Bundesrecht überführt werden sollte und somit zu einem schweizweit gleich bemessenen Steuersystem geführt hätte. Emissionsarme Fahrzeuge wären in diesem Bemessungssystem begünstigt worden. Der Nationalrat hatte die Motion angenommen. Die ständerätliche Kommission erklärte nun, dass eine Zentralisierung der Motorfahrzeugbesteuerung zu Lasten der Kantone gehe, die heute diese Steuern nach eigenem Bedarf selber festlegen können. Der Ständerat lehnte die Motion einstimmig ab und versenkte das Geschäft somit. Aus Sicht der SVP ist die Ablehnung einer weiteren Zentralisierung des Steuersystems und somit die Stärkung der kantonalen Steuerhoheit erfreulich.

Förderung des nicht-fossilen öffentlichen Verkehr auf der Überholspur

[21.3977 | Förderung von nichtfossilen Verkehrsträgern im öffentlichen Verkehr](#)

Der Bundesrat wird mit dieser Motion aufgefordert, gemeinsam mit den Kantonen, Gemeinden und der öV-Branche eine gesamtheitliche Lösung für die Förderung und Finanzierung nicht-fossiler Verkehrsträger im öffentlichen Busverkehr zu erarbeiten. Das Gesamtkonzept zur Förderung von nichtfossilen Verkehrsträgern insbesondere der E-Mobilität muss den Regionalen Personenverkehr und den Ortsverkehr berücksichtigen. Zusätzlich sind rasch die Mineralölsteuerbefreiung für den öV zu befristen und die Mehreinnahmen zweckgebunden zur Förderung nichtfossiler Verkehrsträger einzusetzen. Nicht klar bleibt weiterhin, wie der steigende Strombedarf, auch verursacht durch die Elektromobilität, gedeckt werden soll. Die SVP war deshalb gegen diese Motion, leider ohne Erfolg: Nachdem bereits der Nationalrat der Motion zugestimmt hatte, wurde sie nun vom Ständerat einstimmig angenommen. Die Räte folgten somit dem Bundesrat, der die Umrüstung von Bussen und Schiffen mit Dieselantrieb möglichst schnell voranbringen will.

Bevormundende PS-Beschränkung für Auto-Junglenker verworfen

[20.3599 | Verkehrsunfälle reduzieren. PS-Beschränkung für Auto-Junglenker und Auto-Junglenkerinnen](#)

Die SP Nationalrätin Gabriela Suter forderte in ihrer Motion, dass eine PS-Beschränkung für Auto-Junglenker und -Junglenkerinnen eingeführt werden soll. Dies begründete die Motionärin mit mangelnder Routine und Selbstüberschätzung der jungen Fahrzeuglenkenden. Nebst den geringen positiven Effekten, welche bereits der Bundesrat in seiner Stellungnahme hervorhob, widerspricht sich hier die Ratslinke selber, da sie den jungen Leuten attestiert nicht genügend Weitsicht zu haben, gleichzeitig jedoch die Einführung des Stimmrechalters 16 unterstützt. Der Nationalrat hat die Motion mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Energie / Umwelt

Gratis PV-Anlagen-Fläche mit Nutzen im Promille-Bereich

[22.3386 | PV-Anlagen auf Lärmschutzwänden, Fassaden, Dachflächen sowie Überdachungen bestehender Infrastrukturanlagen](#)

Lärmschutzwände, Fassaden und Dächer in Bundesbesitz (ASTRA, SBB usw.) sollen nach dem Willen des Nationalrates mit 138 zu 48 Stimmen bei 1 Enthaltung für die Produktion von Strom genutzt werden. Flächen an Autobahnen sollen Dritten für die Energieproduktion kostenlos zur Verfügung stehen. Nebst dem Umstand, dass die Gesamtkosten nicht ausgewiesen werden konnten, umfasst das nutzbare Potenzial genau 1 Promille des Strombedarfs. Diese Motion ist somit reine grün-populistische Augenwischerei. Die Motion habe zum Ziel die

Versorgungssicherheit zu stärken und die Auslandabhängigkeit zu reduzieren, die Lücke aber ist im Winter und nicht im Sommer. Somit werden die nicht bezifferbaren Kosten keinen Nennwerten Beitrag an die Versorgungssicherheit leisten. Die Motion geht nun an den Ständerat.

Unnötige Stromrationierungsmassnahmen angenommen

[22.3260 | OSTRAL 2. Eine Strommangellage mit marktwirtschaftlichen Mechanismen effizient bekämpfen](#)

Die grünliberale Motionärin fordern ein marktwirtschaftliches System zu etablieren, welches im Falle einer Strommangellage zuverlässig drossel- oder abschaltbare Stromlasten ausschreibt und fordert somit Massnahmen, welche – auch gemäss ablehnender Haltung des Bundesrats – bereits umgesetzt sind oder sich in der parlamentarischen Beratung befinden. Trotz der offensichtlichen Unnötigkeit der Motion hat der Nationalrat diese Motion mit 102 zu 84 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Unausgereifte Vergabe kostenloser Photovoltaikfläche entlang von Nationalstrassen

[22.3387 | Bau von Photovoltaikanlagen entlang von Nationalstrassen](#)

Die im Nationalrat mit 153 zu 26 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommene Kommissionsmotion will die Nationalstrassenverordnung so anzupassen, dass das ASTRA Flächen zum Bau von Photovoltaikanlagen an Lärmschutzwänden, auf Überdeckungen und Halbüberdeckungen, Anschlusskreiseln und Böschungen entlang der Nationalstrasse Dritten kostenlos zur Verfügung stellen kann. Der Motion geht weder eine Abklärung des eigentlichen Bedarfs voraus, noch ist klar, nach welchen Kriterien diese kostenlosen Flächen vergeben werden sollen. Schlussendlich interessierte es die Ratslinke auch nicht, wer die Kosten übernehmen muss, wenn im Verlauf von zwanzig, dreissig Jahre, während diese Fotovoltaikanlagen dort stehen, die Autobahn saniert oder verbreitert wird. Das Geschäft geht nun in den Schwesterrat.

Grosse Kammer fordert einen einfacheren Wechsel auf moderne Heizsysteme

[22.3388 | Wechsel auf moderne Heizsysteme vereinfachen](#)

Der Einbau von Wärmepumpen soll mit der Annahme einer von der SVP unterstützten Kommissionsmotion einfacher werden. Der Nationalrat will entsprechend die Lärmschutzverordnung anpassen. Die Vorgaben bei der Lärmemissionen sollen nicht mehr davon abhalten, umweltfreundlichere Wärmepumpen einzubauen. Die Motion geht an den Ständerat.

Förderung vom Ersatz alter Holzheizungen verläuft schleppend

[21.4144 | Finanzielle Anreize für den Ersatz von alten Holzheizungen durch moderne Holzfeuerungsanlagen](#)

Das Anliegen von SVP-Ständerat Stark, neu auch Globalbeiträge für den Ersatz von alten Holzheizungen durch moderne Holzfeuerungsanlagen zu gewähren, wurde in angepasster und leider auch abgeschwächter Form angenommen: Der Ersatz von Holzheizungen durch modernere Holzfeuerungsanlagen soll nur unterstützt werden, wenn die Mehrkosten unverhältnismässig hoch sind. Die SVP hatte sich für die ursprüngliche, griffige Fassung im Sinne von Ständerat Stark ausgesprochen. Die angepasste Motion geht nun mit der Differenz zurück an den Ständerat.

Neue Wasserstoff-Strategie in der Schweiz

[22.3376 | Strategie für Wasserstoff in der Schweiz](#)

Die ursprüngliche Motion fordert eine Strategie für "grünen" Wasserstoff, also zu 100 Prozent mit erneuerbaren Energien produziert. Der Ständerat hat nun unisono beschlossen auch mit Atomkraft und mit Methan produzierten Wasserstoff einschliessen. Die Motion wird nun dem Nationalrat zur weiteren Beratung überwiesen.

Neue Konzepte zur Reduktion der Energieverluste im Gebäudebereich

[19.4202 | Massnahmen zur Reduktion der 80-prozentigen Energieverluste im Gebäudebereich](#)

Der Bundesrat soll darlegen, wie die Schweiz bauliche Massnahmen gegen Energieverluste an Gebäuden umsetzen will. Nach dem Nationalrat hat am Dienstag auch der Ständerat dafür

gestimmt, die Landesregierung mit einem entsprechenden Konzept zu beauftragen. Oppositionslos hiess die kleine Kammer die entsprechende Motion gut. Der Ständerat ergänzte jedoch den Motionstext dahingehend, dass bei der Erarbeitung des Konzepts die Kantone einbezogen werden müssen. Der Vorstoss geht zurück an den Nationalrat. Aus Sicht der SVP-Fraktion wäre es aber viel besser, wenn man Instrumente machen würde, die bewirken, dass im Rahmen von energetischen Sanierungen mehr privates Geld in ältere Gebäude investiert wird. Hierfür braucht es keine Umsetzungskonzepte, sondern allenfalls weniger Regulierung und vor allem effiziente Instrumente, die Investitionen und nicht Mitnahmeeffekte auslösen.

Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für freistehende Solaranlagen im Berggebiet

[22.3035 | Schaffung einer gesetzlichen Grundlage \(Spezialgesetzgebung\) für grossflächige, freistehende Solaranlagen im Berggebiet. Bis zum Vorliegen des Gesetzes verfügt der Bundesrat ein Moratorium zur Erstellung von Freiflächensolaranlagen im Berggebiet](#)

Der Ständerat beauftragt den Bundesrat ein Gesetz zu erarbeiten, in dem er die Rahmenbedingungen zur Erstellung, zum Betrieb, zur Speicherung des Stroms aus den Anlagen und zum Rückbau von grossflächigen, freistehenden Solaranlagen im alpinen Gebiet (ab 5000m²) festlegt. Das Geschäft geht nun zum Nationalrat. Der Ständerat hat die Motion der ständerätlichen Kommission zur Vorberatung zugewiesen.

Kurzfristige Massnahmen zum Energiesparen durch Verhaltensänderung

[22.3240 | Energieverbrauch senken. Kurzfristige Massnahmen zum Energiesparen durch Verhaltensänderung](#)

Der Ständerat hat eine Motion angenommen, welche kurz- bis mittelfristig umsetzbare Energiesparmassnahmen zur Reduktion des Öl-, Gas- und Stromverbrauchs prüfen und umzusetzen möchte. Der Bundesrat soll sich dabei auf Massnahmen konzentrieren, die eine Änderung von Gewohnheiten beabsichtigt. Aus Sicht der SVP braucht es einen griffigen Zubau von neuer Energie- bzw. Stromproduktionsanlagen zur kurz-, mittel- und schlussendlich langfristigen Gewährleistung der Versorgungssicherheit, statt Eingriffe in die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger. Ganz zu schweigen davon, dass sich solche Massnahmen kaum überprüfen und erfolgreich umsetzen lassen. Die Motion geht nun an den Nationalrat.

Aufhebung des kategorischen Verbots für neue Kernkraftwerke abgelehnt

[22.3067 | Aufhebung des Verbots, Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke zu erteilen](#)

Gegen den Willen der SVP und zulasten der langfristigen Versorgungssicherheit wurde eine Motion von SVP-Ständerat Knecht mit 24 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen im Ständerat abgelehnt, welcher das Verbot zur Erteilung von Rahmenbewilligungen für die Erstellung von Kernkraftwerken hat aufheben wollen. Das Geschäft ist nun vom Tisch.

Leider kein Wolfsmanagement durch die Kantone

[21.499 | Wolfsmanagement durch die Kantone](#)

Der Nationalrat hat der parlamentarischen Initiative von SVP-Nationalrat Grin mit 108 zu 76 Stimmen bei 2 Enthaltungen keine Folge gegeben, welche verlangte, dass die Regulierung von Wolfsrudeln durch Abschussfreigaben den Kantonen obliegen sollte. Derzeit ist die Anwesenheit des Wolfs besorgniserregend. Es gibt schweizweit mehrere Wolfsrudel, welche Rinder angreifen sowie Kälber und Färsen reissen. Es ist dringend nötig, diese Rudel durch Abschüsse zu regulieren, und da nicht alle Kantone gleich betroffen sind, müssen die kantonalen Behörden darüber befinden können, ohne sich an den Bund zu wenden zu müssen. Die parlamentarische Initiative ist somit leider erledigt.

Aufschiebung der CO₂-Zielvorgaben bei Neuwagen verworfen

[20.3710 | Die Verbindung von fehlenden Erträgen und drohenden Sanktionen, das heisst "Bussen", ist toxisch für die systemrelevante Autobranche mit rund 86 000 Mitarbeitenden](#)

In dieser Motion verlangte SVP-Nationalrat Walter Wobmann, die Sanktionen bei Überschreiten der CO₂-Zielvorgaben bei Neuwagen in den Jahren 2020 und 2021 auszusetzen. Die Corona-Pandemie setzte der Autobranche massiv zu, die Verkaufszahlen brachen ein. Im Vertrieb und Handel sind zahlreiche Schweizer KMU und Familienbetriebe direkt betroffen, über

80'000 Arbeitsplätze insgesamt. Durch den Lockdown in China und den Ukraine-Krieg besteht das Problem auch 2022 fort. Aufgrund von Lieferengpässen in der Industrie können gar nicht genug Elektrofahrzeuge angeboten werden, um die Zielvorgaben einzuhalten. Deshalb sollte auf die Einnahmen der Bussgelder rückwirkend verzichtet werden, im Jahre 2020 betrugen diese 148 Millionen Franken. Dennoch erachtete der Bundesrat das Problem als nicht mehr aktuell und wies die Motion zurück. Auch der Nationalrat lehnte diese klar ab, mit Ausnahme der SVP-Fraktion.

Raumplanung

Raumplanungsgesetz angenommen

[18.077 | Raumplanungsgesetz. Teilrevision. 2. Etappe](#)

Der Ständerat verabschiedete die zweite Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG II) mit 42 zu 0 Stimmen. Die Revision soll ebenfalls ein indirekter Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative sein. Für das Bauen ausserhalb der Baugebiete hat der Ständerat neue einschränkende Regeln beschlossen. Die Zahl der Bauten und bebauten Flächen ausserhalb von Bauzonen soll nicht steigen, hierfür wird ein an sich im Grundsatz unterstützungswürdiges Stabilisierungsziel für Gebiete ausserhalb der Bauzonen vorgesehen, welches aber die Kantone in anti-föderalistischer Art und Weise zwingt, im Richtplan ein Gesamtkonzept zur Erreichung dieses Zieles festzulegen und insbesondere dem Bund regelmässig Bericht zu erstatten, um dann in aller Regel einschneidende Anpassungen vornehmen zu müssen. Passen die Kantone ihre Richtpläne nicht innert fünf Jahren entsprechend an, dürfen sie ohne Kompensation keine neuen Gebäude ausserhalb ihrer Baugebiete bewilligen. Betroffen hiervon ist insbesondere die Landwirtschaft sowie in besonderen, negativen Massen die Berggebiete im Allgemeinen. Immerhin wurde im Ständerat einzelne Minderheiten berücksichtigt. In sogenannten Spezialzonen soll «Spielraum» bestehen bzw. Ausnahmen möglich sein für das Wohnen in nicht mehr benötigten landwirtschaftlichen Bauten sowie für touristische Aktivitäten. Nur wenige Gebiete werden überhaupt von diesen «Spezialzonen» profitieren können, welche nur unter besonderen Voraussetzungen bewilligt werden können. Unter dem Strich werden die allermeisten Berggebiete und somit die Landwirtschaft leer ausgehen und das vorhandene Entwicklungspotential extremst eingeschränkt bleiben. Deshalb lehnte die SVP-Fraktion der eidgenössischen Bundesversammlung diese Teilrevision grossmehrheitlich ab, zumal die Vorlage in ihrer jetzigen Ausgestaltung kommunistische Züge trägt, indem die Eigentumsgarantie sowie der Föderalismus untergraben wird. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.

Brandgefährliche Landschaftsinitiative glücklicherweise chancenlos

[21.065 | Gegen die Verbauung unserer Landschaft \(Landschaftsinitiative\). Volksinitiative](#)

Der Ständerat lehnt die Landschaftsinitiative mit 28 zu 6 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab. Bund und Kantone sollen laut Initiativtext die Trennung des Baugebiets vom Nichtbaugebiet sicherstellen und dafür sorgen, dass die beanspruchte Fläche im Nichtbaugebiet nicht weiter zunimmt. Hierbei gibt es keine explizite Erwähnung der energiepolitischen Ziele. Diese wurden offensichtlich vergessen. Aus Sicht der SVP ist die Trennung von Bau- und Nichtbaugebiet ebenfalls ein wichtiges Anliegen. Was nun aber mit Blick auf die Versorgungssicherheit ganz offensichtlich vergessen gegangen ist, ist mindestens die explizite Ermöglichung von im öffentlichen Interesse stehenden Energie-Infrastrukturanlagen. Entsprechend ist die Initiative nicht nur Gift für die Landwirtschaft (insb. mit Blick auf Biomassenanlagen), sondern offensichtlich mehr als problematisch gegenüber einer bezahlbaren und nachhaltigen Energieproduktion. Weitere zentrale Umsetzungsfragen lässt die Initiative ebenfalls offen. So wird nicht präzisiert, wie das angestrebte Plafonierungsziel konkret erreicht werden soll. Zentrale Punkte müssten daher noch im Gesetz geklärt werden, ohne dass dem Initiativtext hierzu klare Vorgaben entnommen werden könnten. Mit einer Annahme der Initiative wäre deshalb im Hinblick auf ein anschliessendes Gesetzgebungsverfahren nicht viel gewonnen. Ausserdem ist teilweise unklar, inwiefern geltende rechtliche Bestimmungen mit dem vorgeschlagenen Verfassungsartikel vereinbar sind. Betroffen ist hier vor allem die bodenunabhängige Landwirtschaft. Bei einer Annahme der Initiative dürfte die Rechtslage beim Bauen ausserhalb der Bauzonen

daher während einer längeren Übergangszeit ungeklärt sein. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.

Haarscharfe Unterstützung für eine bessere Nutzung ungenutzter Gebäude in der Landwirtschaftszone zu Wohn- und Tourismuszwecken

[11.3285 | Erleichterung der Nutzung ungenutzter Gebäude in der Landwirtschaftszone zu Wohnzwecken und für den Agrotourismus](#)

Der Ständerat hat nach dem Nationalrat eine Fraktionsmotion mit 20 zu 19 Stimmen bei 1 Enthaltung haarscharf angenommen, welche verlangt, dass die Raumplanungsgesetzgebung derart angepasst wird, dass ungenutzte, erschlossene landwirtschaftliche Gebäude in der Landwirtschaftszone leichter zu Wohnzwecken und für den Agrotourismus umgenutzt werden können. Die Nutzungspraxis bezüglich ungenutzter Gebäude in der Landwirtschaftszone soll mit diesem Vorstoss gelockert werden. Gebäude und Infrastrukturen, welche nicht mehr für landwirtschaftliche Zwecke verwendet werden, müssen auf intelligente Weise neu genutzt werden können, sofern diese Gebäude schon mit dem Strassennetz verbunden sind. Solche nicht mehr landwirtschaftlich genutzte Gebäude sollen auch von Nichtlandwirten erworben und zu Wohnzwecken umgenutzt werden können. Auf diese Weise kann zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden, ohne eine weitere Versiegelung von Landwirtschaftsland herbeizuführen und ohne dass zusätzliche Strassen zur Erschliessung notwendig werden. Das Geschäft geht nun an den Bundesrat.

Landwirtschaftliche Tierhalter dürfen nicht einfacher beim Stall wohnen

[15.3997 | Landwirtschaftliche Tierhalter müssen beim Stall wohnen dürfen](#)

Der Ständerat hat eine Motion abgewiesen, welche eine Gesetzesänderung anstrebt, wonach unabhängig von der Produktionsrichtung auf jedem landwirtschaftlichen Gewerbe mit Tierhaltung ein Wohnhaus zonenkonform ist. Der Ständerat verzichtet damit gegen den Willen der SVP auf das Anliegen. Gemäss Ständerat ist mit den heutigen, verfügbaren Kommunikationstechnologien für die Überwachung der Nutztiere eine Wohnsitznahme in deren Nähe nicht zwingend notwendig. Darüber hinaus bietet das geltende Recht eine ausreichende Grundlage, in begründeten Fällen Wohnhäuser in der Landwirtschaftszone zuzulassen. Das Anliegen ist somit vom Tisch.

Leider keine maximale Nutzung des bestehenden landwirtschaftlichen Gebäudevolumens

[16.3697 | Änderung des Raumplanungsgesetzes](#)

Der Ständerat hat eine Motion von SVP-Nationalrat Page abgewiesen, welche verlangte, dass das bestehende Gebäudevolumen ausserhalb der Bauzonen maximal genutzt werden kann. Es gibt zahlreiche verlassene oder unternutzte Bauten, deren Potenzial die Besitzerinnen und Besitzer ganz einfach nicht vollständig ausschöpfen können. Die Gemeinden, die Kantone und die Bevölkerung im Allgemeinen wünschen eine Verdichtung der Bauzonen. Der Bevölkerung missfällt es immer mehr, wenn gutes Kulturland verschwindet, und sie wünscht Massnahmen, damit bestehendes Gebäudevolumen maximal genutzt wird. Diese Motion wäre all diesen Interessen gerecht geworden, nun ist die Motion jedoch erledigt.

Kommunikation

Keine voreilige Einstellung von UKW

[21.3648 | Keine voreilige Einstellung von UKW](#)

Die Motion forderte, dass das UKW-Radio erst dann abgeschaltet werden soll, wenn DAB und/oder der Internet-Radioempfang einen Marktanteil von etwa 90 Prozent erreicht haben. Die Erhebung des Marktanteils sollte durch eine neutrale Stelle erfolgen. Bundesrat und Ständerat hatten der Motion zugestimmt. Nach Auffassung der zuständigen Kommission des Nationalrats ist der Vorstoss mittlerweile überholt, da die Radiobranche entschieden hat, auf eine vorgezogene UKW-Abschaltung zu verzichten und am ursprünglichen Abschaltplan bis 2024

festzuhalten. Der Vorstoss wurde im Nationalrat knapp versenkt, der Grossteil der SVP-Fraktion stimmte für die Motion.

Befristete Verlängerung der Übergangsmassnahmen zugunsten der Printmedien

[22.3378 | Befristete Verlängerung der Übergangsmassnahmen zugunsten der Printmedien](#)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, für das Jahr 2022 eine erneute Unterstützung der Printmedien vorzusehen, analog der Übergangsmassnahmen im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19-Verordnung Printmedien). Die abonnierten Tages- und Wochenzeitungen der Regional- und Lokalpresse mit einer Auflage von bis zu 40'000 Exemplaren sollen im Tageskanal der Post kostenlos zugestellt werden. Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Vergünstigung ist, dass für das Geschäftsjahr 2022 keine Dividende ausbezahlt wird. Der Nationalrat hat das Geschäft, gegen den Willen von SVP und FDP, angenommen.

Postorganisationsgesetz (POG). Teilrevision: Ständerat entscheidet Nichteintreten

[21.048 | Postorganisationsgesetz \(POG\). Teilrevision](#)

Der PostFinance als 100%-Tochtergesellschaft der Post ist es heute gesetzlich untersagt, selbstständig Kredite und Hypotheken an Dritte zu vergeben. Mit einer Anpassung des PoG soll dieses Verbot aufgehoben werden. Der Eintritt der PostFinance in den Kredit- und Hypothekarmarkt soll durch die Abgabe der Kontrollmehrheit der Post und damit indirekt des Bundes an der PostFinance flankiert werden. Zudem soll der Bund der Post zur Schliessung der Notfallkapitallücke bei der PostFinance eine Kapitalisierungszusicherung von 1,7 Mrd. Franken gewähren. Diese Anpassungen sollen die Ertragslage der PostFinance verbessern und somit auch die Finanzierung des Grundversorgungsauftrages der Post sichern. Das zweistufige Vorgehen, zuerst das Hypothekar- und Kreditvergabeverbot der PostFinance aufzuheben und erst dann die Privatisierung der PostFinance durchzuführen, ist risikohaft. Es ist davon auszugehen, dass gegen die Privatisierung das Referendum ergriffen wird. Eine Ablehnung der Privatisierung durch die Stimmbevölkerung bei alleiniger Aufhebung des Kredit- und Hypothekarvergebens würde gegen das Gebot der Wettbewerbsneutralität verstossen. Der Ständerat entschied einstimmig auf Nichteintreten.

Mobilfunkanlagen mit 5G-Technologie. Konsequenzen der Millimeterwellen auf die Natur und den Menschen

[20.3586 | Mobilfunkanlagen mit 5G-Technologie. Konsequenzen der Millimeterwellen auf die Natur und den Menschen](#)

Die Motion von SP-Nationalrätin Ursula Schneider Schüttel wollte Frequenzen von über 20 GHz (Millimeterwellen) für Mobilfunk erst erlauben, wenn deren Konsequenzen auf die Natur und den Menschen hinreichend geklärt sind. Zudem sollten die nötigen vorsorglichen Schutzmassnahmen getroffen werden. Wenn möglich sollen Konsequenzen und/oder Massnahmen durch Studien belegt werden. Der Bundesrat teilt die Anliegen der Motion, sieht diese jedoch bereits durch die Annahme der Motion Graf-Litscher umgesetzt. Der Nationalrat versenkte deshalb das Geschäft mit einer deutlichen Mehrheit, grossmehrheitlich auch die SVP-Fraktion.

Finanzen

Staatsrechnung 2021

[22.003 | Staatsrechnung 2021](#)

Auch die Staatsrechnung 2021 steht im Zeichen der Covid-19-Krise und schliesst mit einem Defizit von rund 12,2 Milliarden Franken ab, welches in erster Linie auf die ausserordentlichen Ausgaben zur Bewältigung der Pandemie und ihrer Auswirkungen zurückzuführen ist. Der Bund hat nun in den letzten beiden Jahren 29,1 Milliarden zur Pandemiebewältigung aufgewendet. Nur durch die unerwartet schnelle Erholung der Wirtschaft 2021 konnte ein noch grösseres Loch in der Staatskasse verhindert werden. In den nächsten Jahren muss aus Sicht der Steuerzahler der Gürtel wieder enger geschnallt werden. Die tiefrote Staatsrechnung wurde von National- und Ständerat fast einstimmig durchgewunken.

Voranschlag 2022. Nachtrag I

[22.007 | Voranschlag 2022. Nachtrag I](#)

Der Bundesrat beantragt zum Budget 2022 zusätzliche Gelder in Höhe von 2,7 Milliarden Franken, davon 2,4 Milliarden Franken für die Bewältigung der Corona-Pandemie. Diese sind für die Beschaffung von Impfstoffen sowie für Nachzahlungen bei der Kurzarbeitsentschädigung vorgesehen. Die SVP wollte bei der Kurzarbeitsentschädigung nur jene Betriebe berücksichtigen, die geklagt haben, und nicht alle betroffenen Betriebe und Beantragte die Kürzung der Gelder. Sie unterlag jedoch im Nationalrat deutlich. Auch die Kredite für die Impfstoffe wollte die SVP kürzen. Es gab dafür gute Gründe: In zwei Fällen waren Verträge und Zahlungen mutmasslich nicht durch Kredite gedeckt gewesen. Die SVP schlug deshalb vor, die Verträge neu auszuhandeln. Im Differenzbereinigungsverfahren hatte schliesslich der Ständerat das letzte Wort, es sollen nun 7 statt 14 Millionen Impfdosen beschafft werden, was einer Kürzung des Kredites um 220 Millionen Franken entspricht.

Finanzhaushaltgesetz (Abbau der coronabedingten Verschuldung). Änderung

[22.020 | Finanzhaushaltgesetz \(Abbau der coronabedingten Verschuldung\). Änderung](#)

Der Bundesrat will die zusätzlichen Schulden, die durch die hohen ausserordentlichen Ausgaben zur Abfederung der Corona-Pandemie aufgelaufen sind, mit zukünftigen Finanzierungsüberschüssen abbauen. Die Verschuldung kann damit ohne Steuererhöhungen oder Sparprogramme abgebaut werden. Die SVP möchte die Schulden jedoch so schnell wie möglich abbauen, die weltweit bewunderte Schuldenbremse soll nicht aufgeweicht werden. Die SVP-Fraktion beantragte deshalb im Nationalrat, auch die Basisausschüttung der SNB für den Schuldenabbau zu verwenden. Das wären über 667 Millionen Franken pro Jahr gewesen, die dann beim ordentlichen Budget eingespart worden wären. Der Antrag der SVP hatte im Nationalrat keine Chance, die gesamte Vorlage wurde deutlich angenommen.

Faire und partnerschaftliche Aufteilung zwischen der Landbevölkerung und den urbanen Zentren der 140 Millionen Franken nach Artikel 9 Absatz 2bis FiLaG

[21.485 | Faire und partnerschaftliche Aufteilung zwischen der Landbevölkerung und den urbanen Zentren der 140 Millionen Franken nach Artikel 9 Absatz 2bis FiLaG](#)

Die Parlamentarische Initiative der SVP-Fraktion will den soziodemografischen Lastenausgleich nur um 70 statt 140 Millionen erhöhen. Die andere Hälfte soll an den geographisch-topographischen Lastenausgleich fliessen. Die geographisch-topographischen Herausforderungen auf dem Land (Lawinenschutz, Waldbewirtschaftung etc.) sind natürlich gegeben. Die soziodemografischen Nachteile in den Städten resultieren hingegen häufig aus politischen Entscheiden. Die hohe Sozialhilfequote, höhere Gesundheitskosten und mehr Kriminalität sind auf die lasche Sozial- und Sicherheitspolitik der links-grünen Städte zurückzuführen. Der Vorstoss wurde nur von der SVP unterstützt und hatte im Nationalrat keine Chance.

Streichen des Mythos der "besonderen Belastung der Kernstädte von grossen Agglomerationen" in Artikel 8 Absatz 3 FiLaG für mehr Fairness gegenüber der Landbevölkerung

[21.486 | Streichen des Mythos der "besonderen Belastung der Kernstädte von grossen Agglomerationen" in Artikel 8 Absatz 3 FiLaG für mehr Fairness gegenüber der Landbevölkerung](#)

Mit einem zweiten Vorstoss unterstreicht die SVP-Fraktion ihre Haltung zum Lastenausgleich zugunsten der Landbevölkerung. Der Satz, «Zusätzlich ist der besonderen Belastung der Kernstädte von grossen Agglomerationen Rechnung zu tragen.», sollte ersatzlos aus dem Lastenausgleichsgesetz gestrichen werden. Es wäre damit endlich mit dem Mythos aufgeräumt worden, wonach Schweizer Kernstädte heutzutage noch benachteiligt sind. Vielmehr profitieren sie von ihrer zentralen Lage und weiteren Standortvorteilen, wie etwa den vielen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Dies ist wiederum attraktiv für Unternehmen. Auch dieser Vorstoss wurde nur von der SVP unterstützt und hatte im Nationalrat keine Chance.

Nur SVP fordert moderne Leistungsbeurteilungen in der Bundesverwaltung

[20.4157 | Moderne Leistungsbeurteilungen in der Bundesverwaltung](#)

SVP-Nationalrat Thomas Burgherr fordert in dieser Motion ein neues System der Leistungsbeurteilung in der Bundesverwaltung. Das System soll mindestens fünf Stufen enthalten und direkten Einfluss auf die Lohnentwicklung der Mitarbeitenden haben. Die Reform ist nötig, denn es kann nicht sein, dass die meisten Bundesangestellten die Ziele laufend übertreffen. Das Anliegen wurde aber nur von der SVP mitgetragen und die Motion abgelehnt.

Gesundheits- und Sozialpolitik

Nationalrat stimmt für indirekten Gegenvorschlag zur Kostenbremse-Initiative

[21.067 | Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen \(Kostenbremse-Initiative\). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag \(Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung\)](#)

Bundesrat und Parlament lehnen die von der Mitte eingereichte Initiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen» (Kostenbremse-Initiative) ab und schlägt einen indirekten Gegenvorschlag vor. Die Initiative sieht vor, dass eine verpflichtende Kostenbremse im Gesundheitswesen einzuführen ist, die genaue Ausgestaltung dieser Kostenbremse bleibt offen. Der Nationalrat beschloss mehrere Massnahmen, welche in einen indirekten Gegenvorschlag einfließen sollen. Wichtigster Punkt dabei ist, dass anstatt einer Kostenbremse eine Kostenzielvorgabe über vier Jahre festgelegt werden soll. Die SVP argumentierte erfolglos, dass Patientinnen und Patienten unter solchen Kostenvorgaben leiden würde, weil eine optimale Versorgung unter Umständen als «zu teuer» abgelehnt werden könnte.

Beiträge für familienergänzende Kinderbetreuung werden verlängert

[22.403 | Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2024](#)

Der Nationalrat nahm die Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2024 mit grosser Mehrheit an. Damit werden neu die Bundesbeiträge nicht per 31. Januar 2023 auslaufen, sondern per 31. Dezember 2024. In der Zwischenzeit soll ein neues Gesetz bezüglich familienergänzender Kinderbetreuung erarbeitet werden. Einzig die SVP lehnte die Verlängerung ab, bzw. enthielt sich bei der Schlussabstimmung.

Bund spricht Geld für Informationskampagnen über seltene Krankheiten

[21.3978 | Für eine nachhaltige Finanzierung von Public-Health-Projekten des Nationalen Konzepts Seltene Krankheiten](#)

[22.3379 | Stärkung und Finanzierung der Patientenorganisationen im Bereich seltene Krankheiten](#)

Im Nationalrat wurden in dieser Session zwei Vorstösse zu seltenen Krankheiten behandelt. Beide Vorstösse wurden am 1. Juni, gegen den Willen der SVP angenommen. Beide Motionen forderten Geld, um Informationskampagnen und Beratungen im Bereich seltene Krankheiten durchzuführen und somit die Bekämpfung seltener Krankheiten langfristig in den Fokus der Gesellschaft zu rücken.

Krankenkassenreserven sollen schrumpfen

[20.301 | Für gerechte und angemessene Reserven. Rückerstattung übermässiger Reserven in der Krankenversicherung](#)

[20.305 | Für gerechte und angemessene Reserven](#)

[20.329 | Für faire und angemessene Reserven](#)

[20.334 | Für gerechte und angemessene Reserven](#)

[21.301 | Für gerechte und angemessene Reserven](#)

[20.463 | KVAG. Überschussbeteiligung](#)

Die vorgeschriebenen Krankenkassenreserven sollen mittels fünf Standesinitiativen und einer parlamentarischen Initiative der FDP auf 150% gesenkt werden. Der Nationalrat gab der parlamentarischen Initiative Folge und lehnte die Standesinitiativen mit der Begründung ab, dass die parlamentarische Initiative deren Forderungen enthält.

Im Ausland zugelassene Medizinprodukte sollen vereinfacht in der Schweiz zugelassen werden

[20.3211 | Für mehr Handlungsspielraum bei der Beschaffung von Medizinprodukten zur Versorgung der Schweizer Bevölkerung](#)

[20.3370 | Zulassung von Medizinprodukten nach aussereuropäischen Regulierungssystemen](#)

Ständerat und Nationalrat beauftragen unabhängig voneinander in Motionen den Bundesrat in einer Motion damit, die Gesetzgebung dahingehend anzupassen, dass in der Schweiz auch Medizinprodukte aussereuropäischer Regulierungssysteme zugelassen werden können. Dieser Schritt soll vor allem in Krisensituation lange Genehmigungsprozesse in schweizerischen und EU-Regulierungsstellen und Kosten sparen.

Selbständigerwerbende Mütter können neu Betriebszulagen geltend machen

[19.3373 | EO-Entschädigungen, Militärdienst und Mutterschaft gleich entschädigen](#)

[19.4110 | Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbständigerwerbenden](#)

Die SP brachte in zwei Motionen Themen zur wirtschaftlichen Stellung von Müttern ein. Eine Motion, welche zum Ziel hatte Mutterschaft in die Erwerbsersatzordnung (EO) zu übernehmen scheiterte im Ständerat, nachdem sie zuvor im Nationalrat in der Frühlingssession angenommen worden war. Die zweite Motion, welche es selbständigerwerbenden Müttern erlaubt Betriebszulagen geltend zu machen, wurde in beiden Räten angenommen.

Kein Mutterschutzurlaub vor Geburt

[21.3283 | Mutterschutz vor der Niederkunft](#)

Eine Motion der SP wollte gesetzliche Bestimmungen schaffen zur Einführung eines vorgeburtlichen und über die Erwerbsersatzordnung finanzierten Mutterschaftsurlaub von drei Wochen. Der Mutterschaftsurlaub nach der Niederkunft soll dadurch nicht angetastet werden. Der Ständerat lehnte die Motion am 8. Juni ab, sie ist somit erledigt.

Standesinitiativen zu mehr Mitspracherecht im Krankenkassenversicherungsrecht werden mit Verweis auf angenommene Motion abgelehnt

[20.300 | Verfahren zur Genehmigung der Krankenversicherungsprämien. Umfassende Information der Kantone zur Ermöglichung einer zweckdienlichen Stellungnahme](#)

[20.304 | Verfahren zur Genehmigung der Krankenversicherungsprämien. Umfassende Information der Kantone zur Ermöglichung einer zweckdienlichen Stellungnahme](#)

[20.330 | Stärkerer Einbezug der Kantone bei der Genehmigung der Prämientarife](#)

[20.333 | Den Kantonen mehr Mitspracherecht](#)

[21.300 | Mehr Mitsprache für die Kantone](#)

[21.323 | Mehr Mitsprache für die Kantone](#)

Mehrere Kantone forderten in Standesinitiativen, dass die Kantone mehr Mitspracherecht im Krankenversicherungsaufsichtsgesetz (KVAG) erhalten. Namentlich fordern die Kantone, dass sie bei den Krankenkassen sämtliche Informationen einholen können, welche sie benötigen, um die Prämientarife zu genehmigen. Der Ständerat gab den Standesinitiativen in der Frühlingssession Folge. Der Nationalrat leistet in der Sommersession keine Folge, er bezog sich dabei auf die Motion Lombardi 19.4180, welche in der letzten Herbstsession angenommen wurde und dieses Thema bereits abdeckt.

Entscheid zu Triage-Entscheidungen bei intensivmedizinischen Behandlungen vom Ständerat in die Kommission zur Vorberatung überwiesen worden

[22.3246 | Rechtsgrundlage für Triage-Entscheidungen beim Zugang zu intensivmedizinischen Behandlungen: insbesondere Sicherstellung, dass Menschen mit Behinderung nicht diskriminiert werden](#)

Die SP fordert in einer Motion, dass rechtliche Grundlagen für Triage-Entscheidungen bei Ressourcenknappheit im intensivmedizinischen Bereich zu schaffen sind. Insbesondere soll dabei sichergestellt werden, dass Menschen nicht aufgrund von bestimmten Merkmalen oder Eigenschaften diskriminiert werden. Der Ständerat schickte die Motion zur Vorberatung in die zuständige Kommission, da es sich bei dieser Motion um eine komplexe ethische, philosophische und religiöse Frage handle, welche nicht ohne genaue Vorbesprechung abgestimmt werden soll.

Motion zu schnellem Zugang zu prophylaktischen Therapien abgelehnt

[21.4632 | Besserer Schutz vor Covid-19 für Personen mit geschwächtem Immunsystem aufgrund von Krebserkrankungen und chronischen Erkrankungen](#)

[22.3005 | Besserer Schutz vor Covid-19 für Personen mit geschwächtem Immunsystem aufgrund von Krebserkrankungen und chronischen Erkrankungen](#)

In Motionen forderten SVP Nationalrätin Verena Herzog und die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) des Nationalrates, dass schnellstmöglich prophylaktische Therapien für Personen mit geschwächtem Immunsystem und Personen, welche trotz Impfung keine Immunabwehr gegen Covid-19 entwickelten, zu ermöglichen und zu beschaffen. Die Motion von Nationalrätin Herzog wurde vom Bundesrat angenommen und in der Frühlingssession bekämpft. Am 11. Mai wurde sie zurückgezogen. Die Motion der SGK wurde in der Frühlingssession im Nationalrat angenommen und am 14. Juni vom Ständerat abgelehnt. Somit ist die Motion erledigt

Nationalrat gegen eine verbesserte Beratung von Frauen mit Problemschwangerschaften

[20.3301 | Optimierung der Informations- und Beratungstätigkeit für Frauen mit Problemschwangerschaften](#)

Die Motion von SVP Nationalrat von Siebenthal wollte, dass Massnahmen erarbeitet werden, um Frauen mit Problemschwangerschaften besser zu beraten, damit diese ein umfassendes Bild über die Risiken einer Abtreibung erhalten hätten. Der Nationalrat lehnte die Motion mit grosser Mehrheit ab und wird daher nicht mehr weiterverfolgt.

Kein Stopp von Krankenkassenprämienanstiegen in den nächsten 10 Jahren

[20.3434 | Keine weiteren Erhöhungen der Krankenkassenprämien! Verbot von Prämienanstiegen in der obligatorischen Versicherung für zehn Jahre](#)

Eine Motion von SVP Nationalrat Lukas Reimann verlangte, dass die Krankenkassen-Gesamtsumme der obligatorischen Krankenversicherung für die Dauer von 10 Jahren nicht erhöht werden darf. Für den Fall, dass die Prämien nicht reichten, sollten die Leistungserbringer dadurch gezwungen werden ihre Kosten zu reduzieren. Einzig die SVP stimmte dafür, der restliche Nationalrat lehnte die Motion ab, sie wird dementsprechend nicht weiterverfolgt.

Nationalität von Patienten in Schweizer Spitälern wird in Zukunft nicht erhoben

[20.495 | Erhebung der Nationalität von stationären Patienten in Schweizer Spitälern](#)

Die Nationalität von stationären Patienten in Schweizer Spitälern soll zukünftig erhoben werden, dies fordert eine parlamentarische Initiative. Da sich im Zuge der COVID-19-Pandemie anscheinend vermehrt Personen mit einem fremdsprachigen Hintergrund in der Schweiz Hilfe holten, dies jedoch zu vielen Neuansteckungen geführt hat, fordert die parlamentarische Initiative die Erhebung dieser Daten. Der Nationalrat folgt gegen dem Willen der SVP dem Votum seiner Kommission und lehnt die Initiative mit 136 zu 50 Stimmen ab, da diese Daten bereits erhoben werden und kein Mehrwert generiert werde.

Der Nationalrat will nicht über die Effizienz der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz sprechen

[21.418 | Endlich die Effizienz der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz steigern!](#)

In einer parlamentarischen Initiative fordert SVP Nationalrat Andreas Glarner, die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz effizienter zu gestalten und ihre Kosten massiv zu senken. Die Stiftung wird mit über 41 Millionen (Stand 2019) zwangsfinanziert, zahlt überdurchschnittliche Löhne und beschäftigt sich mit Themen, die in Bezug auf die physische Gesundheit von fragwürdigem Effekt sind. Der Nationalrat gab der parlamentarischen Initiative mit 143 zu 55 Stimmen keine Folge. Die Initiative ist somit erledigt.

Nationalrat weiterhin für die Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften in schweizerischen Pflege- und Sozialberufen

[20.3355 | Gesundheits- und Sozialbereich. Die Schweiz soll sich aus ihrer Abhängigkeit von ausländischen Arbeitskräften befreien](#)

Mit einem Postulat wollte SVP Nationalrat Piero Marchesi die Abhängigkeit des schweizerischen Gesundheits- und Sozialsystems von ausländischen Arbeitskräften verringern. Die Lehren aus der COVID-19 Pandemie, haben gezeigt, dass es keine Garantie gibt, dass ausländische Arbeitskräfte und Grenzgänger zuverlässig ihren Berufen in der Schweiz nachgehen können. Mit einer mittelfristig ausgelegten Strategie sollte der Bundesrat dieses Problem, durch eine inländische Attraktivitätssteigerung dieser Berufe, angehen. Der Bundesrat verwies dabei auf die am 28. November 2021 angenommene Pflege-Initiative, welche die geforderte mittelfristige Strategie bereits beinhaltet. Der Nationalrat folgte dem Bundesrat und alle Parteien ausser der SVP lehnten dementsprechend das Postulat ab.

Parlament gegen Informationskampagne über das Immunsystem des Menschen

[20.3645 | Immunsystem versus Impfungen](#)

Das Postulat fordert vom Bundesrat eine Informationskampagne und die Unterstützung von Forschungsprojekten, welche die Wirkungsweise unseres Immunsystems und der Einfluss von Impfungen auf dieses aufzeigen soll. Unter anderem soll der positive Einfluss, welche Aktivitäten in Freien auf das Immunsystem haben, aufgezeigt werden. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates, da die Forderungen Aussagen enthalten, welche tendenziös und nur teilweise richtig sind. Der Nationalrat lehnt das Postulat mit 142 zu 45 Stimmen ab.

Keine obligatorische Epidemienversicherung

[20.3840 | Obligatorische Epidemie- bzw. Pandemieversicherung](#)

[20.3846 | Versicherungen bei Epidemien und Pandemien. Gesetzliche Lücken betreffend Leistungspflicht der Versicherer gegenüber Einzelversicherten schliessen](#)

Die Motionen fordern eine obligatorische Epidemienversicherung, da viele Betriebe aufgrund von Betriebsschliessungen grosse Schäden erlitten haben. Vielen KMU wurde trotz einer Betriebsunterbruchversicherung die Versicherungsleistungen von den Versicherungsunternehmen verweigert. Der Bundesrat empfiehlt die Motionen zur Ablehnung, da bereits Lösungsansätze zwischen dem EFD und der Branche in Diskussion sind. Der Nationalrat folgte dem Bundesrat und lehnte beide Motionen am 16. Juni, gegen den Willen der linksgrünen Ratsminorität, ab.

Sozialwerke

Räte einigen sich auf Änderungen in der Aufsicht des AHVG in der 1. und 2. Säule

[19.080 | AHVG. Änderung \(Modernisierung der Aufsicht\)](#)

Beide Räte beschäftigten sich an dieser Session mit Änderungen am Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Der Entwurf sieht vor, dass sich die Aufsicht über die AHV, die EL, die EO und die FamZ stärker an den Risiken orientiert wird und die Grundsätze der Good Governance im Gesetz verankert werden. Die Durchführungsstellen sollen zu diesem Zweck moderne Führungs- und Kontrollinstrumente (Risiko- und Qualitätsmanagement, internes Kontrollsystem) einführen. Die Revision soll zudem die Steuerung und Aufsicht über Informationssysteme in der 1. Säule verbessern. In der 2. Säule werden gezielte Optimierungen vorgeschlagen. Insbesondere werden die Aufgaben des Experten für berufliche Vorsorge präziser umschrieben. Nach dem Ständerat unterstützt auch der Nationalrat die Modernisierung der Aufsicht über die AHV, die Ergänzungsleistungen (EL), die Erwerbsersatzordnung (EO) und die Familienzulagen in der Landwirtschaft einstimmig. Bei der Frage zur Aufsicht durch kantonale Organe in der 2. Säule einigen sich die beiden Räte auf einen Kompromissvorschlag des Nationalrates, bei welchem Personen aus kantonalen Departementen, die mit Fragen der 2. Säule betraut sind, von Aufsichtsgremien auszuschliessen sind. Dadurch soll die Unabhängigkeit der Aufsicht garantiert werden.

Keine Gelder der zweiten Säule für den Erwerb von Wohneigentum

[21.4339 | Den Erwerb von Wohneigentum mit Hilfe der zweiten Säule erleichtern](#)

Die Motion beauftragt den Bundesrat, die einschlägigen Rechtsbestimmungen so anzupassen, dass die Guthaben der beruflichen Vorsorge wieder vollständig für den Erwerb eines Hauptwohnsitzes genutzt werden können. Der Nationalrat stimmte dem Anliegen in der Frühlingsession bereit mit 81 zu 71 Stimmen bei einer Enthaltung knapp zu. Die SVP unterstützte das Anliegen, weil sich aufgrund der stark angestiegenen Immobilienpreise immer weniger mittelständische Familien Wohneigentum leisten können. Ein vollständiger Bezug der Gelder aus der zweiten Säule soll es wieder mehr Menschen ermöglichen in einem für sie nützlichen Lebensabschnitt Wohneigentum zu erwerben. Mitte-Links lehnt die Motion ab. Der Ständerat hat die Motion am 13. Juni abgelehnt, die Motion ist somit erledigt.

Keine Finanzmarkttransaktionssteuer in der Schweiz

[21.3440 | Finanzierung der AHV durch eine Finanzmarkttransaktionssteuer](#)

Ein Postulat aus der Mitte will den Bundesrat beauftragen aufzuzeigen, wie allenfalls eine mögliche Finanzmarkttransaktionssteuer in der Schweiz aufgebaut werden müsste, um die AHV mittel- und langfristig zu finanzieren. Die Mitte argumentiert damit, dass die AHV im momentanen Zustand lediglich bis 2030 finanziert werden kann. Gleichzeitig führen aktuell einige Länder das Gedankenspiel durch, eine Finanzmarkttransaktionssteuer in bestimmten Bereichen einzuführen. Finanzmarkttransaktionssteuern ergeben nur Sinn, wenn sie weltweit eingeführt werden, ansonsten würden betroffene Unternehmen in Staaten abwandern, die solche Steuern nicht kennen. Das Gedankenexperiment mit einer Finanzmarkttransaktionssteuer würde somit potenziell den Wirtschaftsplatz Schweiz gefährden. Die kleine Kammer lehnte das Postulat am 13. Juni ab, das Geschäft ist somit erledigt.

Der Ständerat schickt Vorlagen zur BVG-Reform zur Beratung zurück in die Kommission

[22.3389 | Auch Nebenerwerbseinkommen ins BVG](#)

[11.482 | Teilzeitbeschäftigte. BVG-Leistungen statt Sozialhilfe](#)

In der Session beschäftigen der Ständerat mit Geschäften zum BVG und der Frage wie Teilzeitarbeit und Nebenerwerbe in die obligatorische Versicherung der beruflichen Vorsorge zu integrieren sind. Der Ständerat hat alle Geschäfte zur BVG-Reform am 15. Juni in die Kommission zurückgewiesen.

Parlament stimmt für eine nachhaltige AHV Finanzierung bis ins Jahr 2050

[20.4078 | Netto-null-Ziel im Jahr 2050. Ein Nachhaltigkeitsziel auch für die AHV](#)

[20.3833 | Nachhaltige Finanzierung der AHV für alle Generationen sicherstellen. Netto null AHV-Defizite bis ins Jahr 2050](#)

Die AHV ist defizitär, daher wird mit dieser Motion gefordert die AHV bis 2050 nachhaltig und generationengerecht zu finanzieren (kein Umlagedefizit mehr). Der Bundesrat soll bis 2050 eine zukunftssichere AHV zu schaffen. Der Nationalrat hat der Motion in der Wintersession 2020 bereits zugestimmt, der Ständerat hat der Motion mit 22 zu 18 Stimmen am 14. Juni ebenfalls zugestimmt.

Ausserordentlichen Heizkostenanstieg werden bei der Berechnung für Ergänzungsleistungen nicht berücksichtigt

[22.3359 | Ausserordentlichen Heizkostenanstieg bei der EL-Berechnung berücksichtigen](#)

Die Grünen fürchten sich vor einem unverhältnismässigen Anstieg der Heizkosten. Deshalb forderten sie in einer Motion, dass bei einem ausserordentlichen Anstieg der Heizkosten der Staat die Mehrkosten für Bezüger von Ergänzungsleistungen übernimmt. Heizkosten werden bisher bereits berücksichtigt, die Grünen fordern nun aber, dass der Staat unmittelbar auf Veränderungen der Heizkosten reagiert und nicht wie bisher die Gesamtkosten einer Jahresabrechnung betrachtet. Somit würde der Sozialstaat und die Bürokratie unnötig ausgebaut werden. Der Ständerat lehnte die Motion mit 23 zu 17 Stimmen am 14. Juni ab. Die Motion ist somit erledigt.

Einhaltung der Rückerstattungspflicht von Bezüglern von Sozialhilfe bzw. Verhinderung der Weiterleitung von Geldern auf Drittkonten

[20.498 | Einhaltung der Rückerstattungspflicht von Bezüglern von Sozialhilfe bzw. Verhinderung der Weiterleitung von Geldern auf Drittkonten](#)

Um Sozialmissbrauch zu verringern hat SVP Nationalrätin Martina Bircher eine parlamentarische Initiative eingebracht, welche fordert, dass eine Umgehung der Rückerstattungspflicht für Sozialhilfe verboten wird. Sie will das Gesetz so ändern, dass die Pflicht der Rückerstattung von Sozialhilfe nicht mehr umgangen werden kann, beispielsweise mit einem Informationsaustausch zuhanden der Sozialhilfebehörden bei Kapitalleistungen, bei Erbe oder bei Schenkungen von Sozialhilfebezüglern und -bezügerinnen, die noch Leistungen beziehen. Grundsätzlich soll hier ein automatischer Informationsaustausch eingeführt werden, wie er in anderen Bereichen, beispielsweise bei den Steuern, bereits besteht. Der Nationalrat gab der Initiative am 2. Juni jedoch keine Folge.

Sicherheitspolitik

Stromversorgung für Polycom wird gesichert

[21.072 | Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Polycom-Sendeanlagen des Bundes. Verpflichtungskredit](#)

Nach dem Ständerat stimmte nun auch der Nationalrat am 8. Juni dem Entwurf des Bundesrates zu, welcher vorsieht zur Stromversorgung von Polycom-Sendeanlagen über 60 Millionen Franken zu sprechen. Das Sicherheitsfunksystem Polycom ermöglicht die Einsatzkommunikation zwischen den Behörden und Organisationen für Rettung und Sicherheit der Schweiz in allen Lagen. Um diese Kommunikation auch bei einem Zusammenbruch des Stromnetzes flächendeckend sicherzustellen, muss die Stromautonomie für die Sendestandorte des Bundes erhöht werden.

Anpassungen im Bundesgesetz über militärische Informationssysteme werden angenommen

[21.069 | Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme. Änderung](#)

Der Nationalrat stimmte als Zweitrat der Annahme des Entwurfes zum Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme (MIG) zu. Die Änderung des MIG schafft die datenschutzrechtlich erforderlichen Rechtsgrundlagen, damit die für die Aufgabenerfüllung nötigen Personendaten auch mit der Weiterentwicklung der Armee (WEA) - und den dadurch angepassten Strukturen, Organisation und Prozesse - zur Verfügung stehen.

Ständerat genehmigt Armeebotschaft mit Änderungen

[22.005 | Armeebotschaft 2022](#)

Der Ständerat nahm am 2. Juni die Armeebotschaft 2022 mit Änderungen an. Konkret wurde einzeln über fünf Punkte der Botschaft abgestimmt. Die Beschaffung der F-35 Kampfflugszeuge wurde mit 35 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Die vom Bundesrat geforderte Ausserdienststellung der F-5 Kampfflugszeuge ab 2025 wurde mit 24 zu 18 Stimmen, bei 1 Enthaltung abgelehnt. Die Beschaffung des bodengestützte Luftabwehrsystems mittlerer Reichweite Patriot wurde einstimmig angenommen. Der Bundesbeschluss über die Beschaffung von Armeematerial 2022 über 285 Million CHF. (darunter 110 Million für den Eigenschutz im cyber- und elektromagnetischen Raum, sowie 175 Millionen für die Beschaffung des 12-cm Mörser 16) wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Auch der Immobilienplan des Bundes wurde einstimmig angenommen. Die Verabschiedung der Armeebotschaft im Ständerat zeigt, dass die SVP alle ihr wichtigen Punkte im sicherheitspolitischen Feld einbringen konnte. Speziell herauszuheben ist hier, dass die F-5 Kampfflugszeuge entgegen der Empfehlung des Bundesrates nicht ausser Dienst gestellt werden. Der fertige Gesamtentwurf wurde ebenfalls einstimmig angenommen und dem Nationalrat zur Genehmigung vorgelegt.

Aufstockung der Armee

[22.3034 | Aufstockung Armeebudget und Erhöhung der Bestände](#)

[22.3054 | Erhöhung der Armeeausgaben auf jährlich 7 Milliarden Franken sowie Aufstockung des Armeesollbestandes um 20 000 Armeeingehörige](#)

Die SVP Motion verlangte, dass das Armeebudget auf 7 Mrd. Franken aufgestockt wird um eine schnellstmögliche Vollausrüstung der momentan 140'000 Armeeingehörigen sicherzustellen und die FA-18 Kampfflugzeuge aufzurüsten. Weiter soll der Armeebestand um 20'000 Armeeingehörige erhöht werden. Die Motion wurde am 2. Juni zurückgezogen, nachdem der Ständerat der Erhöhung der Armeeausgaben auf 1% des BIP zugestimmt hat. Eine gleichlautende Motion im Nationalrat wurde am 8. Juni zurückgezogen.

Keine hundertprozentige Erwerbsausfallentschädigung für Angehörige im Assistenzdienst

[20.3303 | Änderung der Erwerbsersatzordnung für im Assistenzdienst geleistete Diensttage](#)

Angehörige der Armee und des Rotkreuzdienstes, welche im Assistenzdienst mehr Diensttage leisten, als dies im normalen Ausbildungsdienst vorgesehen ist, sollen neu eine Erwerbsausfallentschädigung von 100 Prozent erhalten. Diese Massnahme hätte Angehörige, welche über die Mobilmachung aufgeboten wurden, entsprechend entschädigt sowie die Armee attraktiver für freiwillig dienstleistende Angehörige gemacht. Lediglich die SVP und die Mitte stimmten für dieses Vorhaben. Die Motion wurde dementsprechend mit 105 zu 81 Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Hamas wird nicht als Terrororganisation eingestuft

[21.478 | Islamische Widerstandsbewegung \(Harakat Muqawama Islamiya\) Hamas ist eine extremistische, radikal-islamische Terrororganisation](#)

Mittels Parlamentarischen Initiative soll die Gruppierung «Hamas» als terroristische Vereinigung gemäss Bundesgesetz über das Verbot der Gruppierungen «Al-Qaïda» und «Islamischer Staat» sowie verwandter Organisationen vom Dezember 2014 (SR 122) verboten werden. Der Gruppierung «Hamas» ist es heutzutage möglich über den Schweizer Rechtsraum Finanzierungstätigkeiten durchzuführen, welche durch ein Verbot verhindert würden. Der Nationalrat gab der parlamentarischen Initiative mit 125 zu 61 Stimmen und 2 Enthaltungen keine Folge, sie ist somit erledigt.

SP-Motion für eine umweltfreundliche und minimalistische Luftraumüberwachung zurückgezogen

[21.3583 | Den Schutz des Luftraums politisch, finanziell und ökologisch nachhaltig gestalten](#)

Die SP fordert den Bundesrat auf, die Luftwaffe stark einzuschränken. So sollen maximal 20 Flugzeuge den schweizerischen Luftraum luftpolizeilich überwachen, weiter sollen diese Flugzeuge maximal sieben Tonnen Leergewicht haben, nur ein Einzeltriebwerk haben und Überschallfähig sein. Dadurch soll eine preiswerte, minimale und umweltfreundliche Luftüberwachung sichergestellt werden. Am 31. Mai wurde die Motion kommentarlos zurückgezogen. Die Ereignisse in der Ukraine, sowie der Druck der SVP endlich die Armee wieder glaubwürdig zu machen, hatten wohl ihren Einfluss auf den Entschluss der SP die Motion zurückzuziehen.

Unklare Motion zur Anrechnung akademischer Leistungen in der Armee abgelehnt

[21.4071 | Fachwissen anzapfen für die Armee der Zukunft!](#)

Die Fraktion der FDP fordert, dass Master- und Doktorarbeiten von Angehörigen der Armee angerechnet werden können. Dadurch soll die Armee besser von der wissenschaftlichen Forschung profitieren können und sich somit der komplexen und sich ständig weiterentwickelnden Situation im sicherheitspolitischen Umfeld anpassen können. Der Nationalrat lehnte die Motion am 9. Juni mit grosser Mehrheit ab. Obwohl der Grundgedanke dieser Motion zu begrüessen ist, ist der Wortlaut unklar und die eigentliche Absicht, was dadurch erreicht werden soll, unklar. Ebenfalls besteht die Gefahr die Wehrgerechtigkeit zu verletzen, sollten Akademiker gegenüber Lernenden bevorzugt werden.

Parteien wollen keine Beobachtungsstelle für Extremismus

[21.4311 | Schaffung einer nationalen Beobachtungsstelle für Fundamentalismen und Extremisten](#)

In einer Motion fordert SVP Nationalrätin Monika Rüegger die Einrichtung einer nationalen Beobachtungsstelle für Fundamentalisten und Extremisten. Diese unabhängige Organisation soll die Sicherheit in der Schweiz erhöhen, in dem sie Fundamentalismus und Extremismus systematisch erfasst und sich für die demokratische politische Bildung einsetzt. Die Beobachtungsstelle soll zudem Anlaufpunkt und Informationsstelle für die Bevölkerung sein. Die Mehrheit des Nationalrates lehnte jedoch die Schaffung einer solchen Beobachtungsstelle ab, wodurch die SVP als einzige Partei die Motion unterstützte.

Keine Reaktivierung der Festungstruppen

[22.3066 | Reaktivierung der Schweizer Festungswerke. Wiederaufbau der Festungstruppen](#)

Der SVP-Nationalrat Bruno Walliser fordert vom Bundesrat für die Armee eine Rückkehr zu den Festungen. Gefordert werden die alten Festungswerke in der Schweiz als statische Verteidigungslinie wieder in Betrieb zu nehmen. Dazu gehört die Wiedereinführung der Festungsartillerie, welche im Rahmen der Armee XXI abgeschafft wurde. Der Nationalrat lehnte die Motion am 9. Juni mehrheitlich ab, lediglich die SVP stimmte dafür.

Armee wird nicht verkleinert

[21.4647 | Für eine moderne und bewegliche Armee. Einen Bestand von 80 000 Armeeinghörigen vorsehen](#)

In einer Motion forderte die GLP die Reduktion der Armee auf 80'000 Armeeinghörige. Damit soll die Armee mobiler und spezialisierter ausgerichtet werden. Der Nationalrat lehnte die Motion am 9. Juni mit grosser Mehrheit ab. Linksrün stimmte mehrheitlich dafür. Die Tatsache, dass die Motion nach dem russischen Einmarsch in der Ukraine nicht zurückgezogen wurde, beweist wie wenig sicherheitspolitisches Verständnis von der politisch grünen Seite erwartet werden kann. Die Ukraine zeigt, dass es auch im 21. Jahrhundert der beste Schutz gegen eine Aggression in einer vollausgerüsteten Armee mit hoher Mannstärke liegt.

Staatspolitik

Dank SVP keine arbeitende abgewiesenen Asylsuchende

[22.3392 | Erweiterte Härtefallregelung zum Zugang zu beruflichen Ausbildungen](#)

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates wollte den Bundesrat beauftragen, den Zugang zur beruflichen Ausbildung für abgewiesene Asylsuchende und Sans-Papiers zu erleichtern. Die SVP lehnte dies mit der Minderheit Steinemann (SVP/ZH) entschieden ab und konnte die grosse Kammer überzeugen, diese Motion mit 111 zu 73 Stimmen bei 4 Enthaltungen abzulehnen. Im Gegensatz zu den Behauptungen der Kommissionsberichterstellerin handelte es sich keineswegs um eine völkerrechtliche Verpflichtung. Das eigentliche Ziel dieser Motion war es, ein Schlupfloch in der Migrationspolitik zu schaffen: Es erhöht die Attraktivität unseres Landes, wenn man hier via Kinder ein dauerhaft geduldetes Bleiberecht erreichen kann. Unter Berufung auf eine massenhafte illegale Zuwanderung würde das im Ergebnis bedeuten, jeden Anwesenden dulden zu müssen, der hier leben will.

Neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB) 2021. Evaluationsbericht

[21.071 | Neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung 2021. Evaluationsbericht](#)

Gemäss Bundesrat hat sich das NFB seit seiner Einführung vor vier Jahren insgesamt bewährt. Mit der Flexibilisierung der Leistungsvereinbarung sollen die Vorschriften zu ihrer Gestaltung aufgehoben werden; die Ergebnisse der Diskussion zwischen Departements-Vorsteher und Amtschef über Prioritäten und Ziele sollen aber schriftlich festgehalten werden. Mit der Straffung der Finanzberichterstattung soll zudem auf redundante Kommentare sowie bei Bedarf auf vereinzelte Leistungsgruppen, Ziele und Messgrössen im Voranschlag mit IAFP und in der Staatsrechnung verzichtet werden. Der Nationalrat hat vom Evaluationsbericht des Bundesrats zum Neuen Führungsmodell der Bundesverwaltung (NFB) Kenntnis genommen.

Wahrung des Stimmgeheimnisses: Verbesserung für Menschen mit einer Sehbehinderung

[22.3371 | Stimmgeheimnis. Ein Recht für alle](#)

Die Motion der Staatspolitische Kommission beauftragt den Bundesrat, sicherzustellen, dass durch den Einsatz von sogenannten Abstimmungsschablonen die Wahrung des Stimmgeheimnisses von Menschen mit einer Sehbehinderung bei nationalen Abstimmungen ermöglicht werden kann. Der Nationalrat hat den Text oppositionslos angenommen, damit diese pragmatische Lösung möglichst rasch eingeführt wird.

Kein Vorstellungsrecht von Kindern in den parlamentarischen Kommissionen

[21.4413 | Vorstellungsrecht der Jugendsession und Kinderkonferenz in den Kommissionen](#)

Eine Motion, welche forderte, dem Forum der Eidgenössischen Jugendsession und Kinderkonferenz ein Vorstellungsrecht ihrer Petition und Anträgen in den zuständigen Kommissionen zu gewähren, wurde mit 98 zu 67 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

Kein erleichtertes Einbürgerungsverfahren für eingetragene Partner*innen

[13.418 | Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren](#)

[13.419 | Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren](#)

[13.420 | Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren](#)

[13.421 | Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren](#)

[13.422 | Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft und der Ehe im Einbürgerungsverfahren](#)

Entsprechend dem Willen der SVP ist der Nationalrat mit 101 zu 83 Stimmen bei 1 Enthaltung auf eine Vorlage nicht eingetreten, die vorsah, dass Ausländer in einer eingetragenen Partnerschaft ebenso von einer erleichterten Einbürgerung profitieren können wie Ausländer, die mit einem Schweizer verheiratet sind. Da den eingetragenen Partner*innen nun die Ehe und damit die erleichterte Einbürgerung offensteht, würde von der Vorlage nur eine kleine Minderheit profitieren. Eingetragene Partner*innen können ihre Beziehung bereits in eine Ehe umwandeln, um alle damit verbundenen Rechte zu geniessen. Die Vorlage ist somit definitiv erledigt.

SVP und Nationalrat halten an Gebührenobergrenze für amtliche Dokumente fest

[16.432 | Gebührenregelung. Öffentlichkeitsprinzip in der Bundesverwaltung](#)

Amtliche Dokumente der Bundesverwaltung sollen künftig grundsätzlich kostenlos eingesehen werden dürfen. Noch sind sich die Räte aber nicht einig darüber, ob für besonders aufwendige Gesuche eine Gebührenobergrenze festgelegt werden soll oder nicht. Mit 130 zu 53 Stimmen bei 2 Enthaltungen hielt der Nationalrat mit der Unterstützung der SVP an einem früheren Entscheid fest, in solchen Fällen höchstens 2000 Franken verrechnen.

Zweimal nein zum stärkeren Einbezug des Parlamentes in Pandemien

[21.3033 | Besserer Einbezug des Parlamentes bei der Bekämpfung zukünftiger Pandemien](#)

[21.3034 | Das Parlament muss bei der Anordnung einer ausserordentlichen Lage gemäss EpG mit einbezogen werden](#)

Die zwei Motionen von Ständerat Werner Salzmann (SVP/BE) und Jakob Stark (SVP/TG) verlangten eine Stärkung der Rolle des Parlamentes im Notstand, indem gewisse bundesrätliche Handlungen von der Bundesversammlung genehmigt werden müssen. Mit 26 zu 18 Stimmen bei 1 Enthaltung bzw. 35 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen hat der Ständerat die zwei Motionen abgelehnt. Die kleine Kammer wird die Thematik in der Herbstsession mit zwei Vorlagen des Nationalrates nochmals behandeln.

Dank bürgerlicher Ablehnung keinen Bundesrat mit neun Mitglieder

[19.503 | Konkordanz stärken mit neun Bundesratsmitgliedern](#)

Der Ständerat will keinen Bundesrat mit neun Mitgliedern. Aus Sicht der SVP und den bürgerlichen Parteien würde die strategische Führung mit einer grösseren Kollegialbehörde geschwächt. Er hat die parlamentarische Initiative des Nationalrates mit 29 zu 9 Stimmen abgelehnt und damit den Punkt gesetzt hinter die jüngste Diskussion über eine vergrösserte Landesregierung.

Ständerat hinter Gesetz zur Förderung von digitaler Verwaltung

[22.022 | Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben. Bundesgesetz](#)

Der Ständerat hat auf dem Weg zur Digitalisierung der Bundesverwaltung und der Förderung der digitalen Verwaltung einen neuen Pflock eingeschlagen. Als Erstrat hat er einstimmig das Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben gutgeheissen. Mit der technischen Vorlage, die nun an den Nationalrat geht, werden keine neuen Behördenaufgaben geschaffen. Es werden lediglich bereits Bestehendes auf eine andere Ebene transformiert. Das Gesetz regelt auch die Zusammenarbeit mit Behörden ausserhalb der Bundesverwaltung und Dritten. Der Bundesrat schafft darin zudem eine Grundlage für die Durchführung von Pilotversuchen.

Stärkung der Geschäftsprüfungskommissionen

[15.451 | Stärkung der Geschäftsprüfungskommissionen](#)

Eine parlamentarische Initiative seitens der SVP aus dem Jahre 2015 zielt darauf ab, dass die Geschäftsprüfungskommission die Oberaufsicht mit anderen Aufsichtsorganen des Bundes effizienter und schneller koordinieren kann. Es besteht aktuell noch eine Differenz zwischen den beiden Räten über die Stellung von Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission gemeinsam eingesetzter Subkommissionen.

Beide Räte fordern Transparenz über die finanziellen Mittel paritätischer Kommissionen

[21.3599 | Transparenz über die finanziellen Mittel paritätischer Kommissionen](#)

Nach dem Nationalrat fordert auch der Ständerat, dass die notwendigen Massnahmen zu treffen seien, damit die paritätischen Kommissionen der für allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge verpflichtet werden, ihre Jahresberichte zu veröffentlichen. Über die Zweckbestimmung der Mittel im Fondskapital und über deren Verwendung müssen diese nun Rechenschaft abzulegen.

Aufgaben- und Ausgabenmoratorium während fünf Jahren abgelehnt

[20.3567 | Aufgaben- und Ausgabenmoratorium während fünf Jahren](#)

Nur die SVP unterstützte das Anliegen, dass Bund und Kantone während fünf Jahren keine Mehrausgaben beschliessen können. Damit sollte der Covid-bedingten Verschuldung entgegengewirkt werden. Gleichzeitig hat man eine Chance verpasst die Bundesausgaben endlich plafonieren zu können.

Vorbildfunktion des Bundes und Solidarität mit den inländischen Arbeitskräften. Taten statt Worte

[20.3777 | Vorbildfunktion des Bundes und Solidarität mit den inländischen Arbeitskräften. Taten statt Worte](#)

Der Bundesrat wurde durch die Motion von SVP-Nationalrat Michael Buffat beauftragt, seine Rekrutierungspolitik in Bezug auf das gesamte Bundespersonal klar am Vorrang für Schweizerinnen und Schweizer auszurichten. Anlässlich der Auswirkungen von Covid-19 wurde seitens der Behörden verschiedentlich für Solidarität mit Schweizer Produkten geworben. Diesbezüglich sollte der Bund als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion einnehmen und sich ebenfalls solidarisch zeigen. Der Bundesrat lehnte den Vorstoss ab, unter anderem weil er das EU-Abkommen zur Personenfreizügigkeit verletzt. Der Vorstoss wurde nun zurückgezogen.

Kein Vetorecht für das Parlament gegen die Notverordnungen

[21.407 | Epidemien-gesetz. Mitsprache des Parlamentes sichern](#)

Gegen den Willen der SVP hat der Nationalrat mit 131 zu 47 Stimmen eine parlamentarische Initiative abgelehnt, die das Mitspracherecht des Parlamentes auf die Auslegung von Artikel 6 Epidemien-gesetzes sichern möchte. Wenn ein Viertel der Mitglieder des Rates innert zehn Tagen nach der Veröffentlichung einen begründeten Antrag auf ein Veto einreicht, hätte die zuständige Kommission diesen wiederum innert zehn Tagen beraten müssen. Mit dem Entscheid der grossen Kammer ist das einfache Veto gegen Entscheide des Bundesrates, die nicht den Empfehlungen der Kommissionen oder des Parlamentes entsprechen, beerdigt.

Täter von schweren Verbrechen behalten den Schweizer Pass

[21.408 | Entzug der Staatsbürgerschaft bei schweren Verbrechen](#)

Bereits heute steht im Gesetz, dass das Staatssekretariat für Migration (SEM) einem Doppelbürger das Bürgerrecht entziehen kann, wenn er den Interessen oder dem Ansehen der Schweiz erheblich nachteilig ist. Mit der parlamentarischen Initiative wollte Piero Marchesi (SVP/TI) das Bürgerrechtsgesetz so ändern, dass Doppelbürgern, die schwere Verbrechen gegen Leib und Leben begehen, die Staatsbürgerschaft auch entzogen werden kann. Mörder, Totschläger, Vergewaltiger oder Kinderschänder scheinen jedoch aus Sicht des Nationalrats den Interessen der Schweiz nicht erheblich zu schaden: Der Nationalrat lehnte diesen Vorstoss mit 128 zu 47 Stimmen ab.

Keine Reduktion des Parlamentarierlohns

[21.417 | Corona-Solidaritätsbeitrag der Parlamentarier](#)

Mit ihrer parlamentarischen Initiative wollte Andrea Geissbühler (SVP/BE) das Jahreseinkommen für die Vorbereitung der Ratsarbeit der Ratsmitglieder um 20 Prozent, also von 26'000 auf 20'800 Franken jährlich, reduzieren. Grund dafür war die Corona-Pandemie und die vom Bund ergriffenen Gegenmassnahmen: die Konsequenzen auf die Unternehmen, den Arbeitsmarkt und auch auf den Bundeshaushalt werden aller Voraussicht nach jahrelang nachwirken. Dieser Solidaritätsbeitrag wurde jedoch im Nationalrat mit 140 zu 40 Stimmen abgelehnt.

Kein automatischer Erhalt des Bürgerrechtes für Kinder, die in der Schweiz geboren werden

[21.428 | Ius Soli. Es wird endlich Zeit!](#)

Der Grundsatz des Jus Soli besagt, dass ein Kind, das in der Schweiz von ausländischen Eltern geboren wurde, automatisch das Bürgerrecht erhält. Wie seine staatspolitische Kommission und mit der Unterstützung der SVP, hat der Nationalrat die entsprechende parlamentarische Initiative mit 112 zu 75 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Jus Soli wäre eine massive Erleichterung des Bürgerrechts: Die Bedingungen für eine Einbürgerung wie Integration, politische Bildung und die Kenntnis einer Landessprache müssen aus Sicht der SVP jedoch bei allen Personen gegeben sein.

Keine überflüssige Studie über Anrechnung der Zeit im Milizamt an die formale Bildung im Hochschulbereich

[20.3508 | Stärkung der Milizpolitik. Anrechnung der Tätigkeit von Milizpolitikerinnen und Milizpolitikern an Weiterbildungen im Hochschulbereich](#)

Mit dem Postulat wurde den Bundesrat beauftragt, zusammen mit der Schweizerischen Hochschulkonferenz zu prüfen, wie Mitglieder der Gemeindeexekutive ihre im Amt erworbenen Kompetenzen an Aus- und Weiterbildungen im Hochschulbereich anrechnen lassen können. Da das Anliegen der Postulantin heute schon grundsätzlich erfüllt ist, hat der Nationalrat das Postulat mit 101 zu 87 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Nur SVP gegen blinde Ausgabenwut im Bildungsbereich

[22.3391 | Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung als Teil des Bildungsraums Schweiz positionieren | Geschäft | Das Schweizer Parlament](#)

Mit 129 zu 48 Stimmen hat der Nationalrat den Bundesrat beauftragt, im Zusammenhang mit der BFI-Botschaft 2025.28 die Berufs-, Studien und Laufbahnberatung als Teil des Bildungsraums Schweiz zu positionieren. Wie auch der Bundesrat argumentiert hat, hat der Bund bereits heute im Rahmen der Projektförderung die Möglichkeit, gewisse Leistungen der Kantone in diesem Bereich abzugelten und so zu einem qualitativ hochwertigen Angebot in der Schweiz beizutragen. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Parlament beerdigt Stimm- und Wahlrecht für Ausländer

[21.405 | Mehr Demokratie wagen. Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer](#)

[21.414 | Stimmrecht für alle in kommunalen Angelegenheiten nach fünf Jahren Wohnsitz in der Schweiz](#)

Im Sinne der SVP hat der Nationalrat mit 113 zu 63 Stimmen einer parlamentarischen Initiative keine Folge gegeben, die verlangte, dass Ausländer, welche sich fünf Jahre rechtmässig in der Schweiz aufhalten, das aktive und passive Stimm- und Wahlrecht auf Bundesebene erhalten. Mit 113 zu 63 Stimmen bei 3 Enthaltungen hat er einer ähnlichen Initiative keine Folge gegeben. Für die Mehrheit können sich Ausländer schon am politischen Leben beteiligen: Diese Möglichkeit besteht bei erfolgter Integration und Einbürgerung.

Migration

Nur SVP für eine kohärente Praxis bei illegalen Einwanderern

[20.3987 | Für eine kohärente Praxis bei illegalen Einwanderern \(Sans-Papiers\)](#)

Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus in der Schweiz dürften von Gesetzes wegen nicht dauerhaft hierbleiben. Dennoch werden ihnen in gewissen Sozialversicherungen die gleichen Rechte gewährt wie Schweizern und Personen mit geregeltem Aufenthaltsstatus. Um diesen Widerspruch zu lösen hat die SVP Fraktion die Motion eingereicht, die den Bundesrat beauftragen wollte, entsprechenden Massnahmen vorzuschlagen. Strafnormen für Arbeitgeber von illegalen Einwanderern, deren Arbeitsvermittler und Vermieter von Mietobjekten seien zu verschärfen und der Datenaustausch zwischen staatlichen Stellen betreffend Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus sicherzustellen. Der Nationalrat gab dieser kohärenten Praxis keine Chance und lehnte die Motion mit 135 zu 53 Stimmen ab.

Nationalrat will kein Widerruf der Aufenthaltsbewilligung, wenn die Flüchtlingseigenschaft aberkannt wird

[20.4053 | Entzug der Aufenthalts- respektive Niederlassungsbewilligung aufgrund des widerrufenen Flüchtlingsstatus](#)

Mit dieser Motion wollte Martina Bircher (SVP/AG) das Gesetz dahingehend anpassen, dass Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen widerrufen werden können oder eine Niederlassungsbewilligung durch eine Aufenthaltsbewilligung ersetzt werden kann, wenn einer Person das Asyl widerrufen oder die Flüchtlingseigenschaft aberkannt wurde. Mit der aktuellen Gesetzgebung gibt es einen grossen Widerspruch: An die Erteilung des Flüchtlingsstatus wird die Erteilung der Aufenthaltsbewilligung gekoppelt. Wird hingegen der Flüchtlingsstatus widerrufen, sind es plötzlich zwei unterschiedliche Verfahren mit allen gesetzlichen Hürden. Die anderen Parteien sahen hier aber keinen Handlungsbedarf und lehnten die Motion mit 135 zu 52 Stimmen ab.

Gemäss Nationalrat dürfen Flüchtlinge frei wählen, in welchen Land sie geschützt werden wollen

[21.420 | Asylsuchende, die ein sicheres Land durchqueren, sind keine Flüchtlinge](#)

Viele Asylsuchende durchqueren mehrere sichere Staaten, bevor sie ihr Asylgesuch einreichen. Sie lassen sich dabei vor allem von wirtschaftlichen Aspekten leiten; es handelt sich also häufig nicht mehr um eine letzte Möglichkeit, um das Überleben zu sichern, sondern darum, dass Asylsuchende ein Land wählen, in dem sie sich ein bequemer Leben aufbauen können als in ihrem Herkunftsland. Um zu verhindern, dass das Asyl weiter so missbraucht wird, hat Jean-Luc Addor (SVP/VS) eine Initiative eingereicht, um die Definition des Begriffs «Flüchtling» entsprechend anzupassen. Der Nationalrat gab dieser jedoch mit 136 zu 51 Stimmen bei 3 Enthaltungen keine Folge.

Aufenthaltsbewilligungen: Nationalrat lässt das Konzept des Härtefalls missachtet werden

[21.433 | Ausländer- und Integrationsgesetz. Härtefälle den kantonalen Höchstzahlen für Bewilligungen anrechnen](#)

Der Bundesrat legt jedes Jahr die Zahl der Aufenthaltsbewilligungen fest, die die Kantone den ausländischen Personen erteilen können, die nicht in den Geltungsbereich des Freizügigkeitsabkommens oder des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation fallen. Es handelt sich dabei um ein Kontingent, welches die Kantone nicht überschreiten

dürfen. Während sich jedoch die grosse Mehrheit der Kantone an die Regeln hält, missbraucht eine Minderheit die Härtefälle nach Artikel 30 des Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) und überschreitet ihre Quoten erheblich. Die Initiative von Yves Nidegger (SVP/GE) wollte das Gesetz dahingehend anpassen, dass erteilten Härtefälle den Höchstzahlen für Bewilligungen für Personen aus Drittstaaten des betreffenden Kantons angerechnet werden. Der Nationalrat hat die Initiative mit 136 zu 54 Stimmen abgelehnt. Damit gehen Missbräuche leider weiter.

Rechtsfragen

Sistierung der Unter-Strafe-Stellung der Verweigerung des Rechts auf persönlichen Verkehrs mit Kindern

[19.3597](#) | [StGB. Vergehen gegen die Familie. Verweigerung des Rechts auf persönlichen Verkehr mit Strafe bedrohen](#)

Der Nationalrat hat eine Motion sistiert, welche einen Straftatbestand für Fälle einführen will, in denen unrechtmässig verweigert wird, Minderjährige der Inhaberin oder dem Inhaber (insbesondere Elternteilen) des Rechts auf persönlichen Verkehr anzuvertrauen.

Keine Namensänderung mehr für Personen mit Landesverweis

[21.4183](#) | [Keine Namensänderung für Personen mit Landesverweis](#)

Personen mit Landesverweis sollen ganz im Sinne der SVP ihren Namen nicht mehr ändern können. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einem entsprechenden Vorstoss zugestimmt. Die grosse Kammer überwies die Motion von Ständerat Minder (Mitglied der SVP-Fraktion) mit 107 zu 59 Stimmen. Nun ist der Bundesrat am Zug. Dieser hatte die Annahme der Motion empfohlen und sich bereit erklärt, eine entsprechende Änderung des Zivilgesetzbuches auszuarbeiten.

Harmonisierung der Fristenberechnung in der Rechtsordnung

[22.3381](#) | [Harmonisierung der Fristenberechnung](#)

Der Nationalrat will einheitliche Fristen in der schweizerischen Rechtsordnung. Er hat eine entsprechende Motion seiner Rechtskommission angenommen. Wird die Sendung an einem Samstag bei der berufsmässigen Vertretung der Partei abgegeben, soll die Frist am folgenden Werktag zu laufen beginnen. Nun ist der Ständerat am Zug.

Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption

[22.3382](#) | [Keine unnötigen Hürden bei der Stiefkindadoption](#)

[22.3383](#) | [Alle Kinder ab Geburt rechtlich absichern](#)

Der Nationalrat will die Stiefkindadoption gegen den Willen der SVP erleichtern. Dafür soll die Voraussetzung eines einjährigen Pflegeverhältnisses entfallen. Im Weiteren möchte die grosse Kammer den Rechtsschutz für im Ausland durch Fortpflanzungsmedizin oder Samenspende gezeugte Kinder verbessern. Die Voraussetzung des einjährigen Pflegeverhältnisses als Adoptionsbedingung für ein Stiefkind soll entfallen, wenn ein leiblicher Elternteil bereits bei Geburt des Kindes mit dem adoptionswilligen Elternteil zusammenlebt. Die Anpassungen sind Folge der "Ehe für alle" und stellen gleichgeschlechtliche Paare heterosexuellen Partnerschaften gleich. Die zwei Motionen gehen an den Ständerat.

Verpasste Chancen für ein deutlich besseres Strafprozessrecht

[19.048](#) | [Strafprozessordnung. Änderung](#)

Einer zentralen SVP-Forderung wird nicht nachgekommen: Die Teilnahmerechte von Beschuldigten an Einvernahmen von im gleichen Verfahren beschuldigten Personen werden nicht eingeschränkt. Das hat der Ständerat bei der Bereinigung der revidierten Strafprozessordnung entschieden. Die Einschränkung der Teilnahmerechte von Beschuldigten war ein zentrales Element der bundesrätlichen Vorlage, auf die die Räte nun verzichten, weil sie sich nicht einigen konnten. Immerhin wird der Umgang mit DNA-Profilen neu geregelt. Profile sollen nicht nur zur Aufklärung jener Delikte erstellt und gespeichert werden dürfen, um derentwillen das

Verfahren geführt wird. Sie sollen auch zur Aufklärung früherer oder künftiger Taten verwendet werden können, wenn "konkrete Anhaltspunkte" dafür bestehen. Nicht Eingang gefunden hat leider ebenfalls die Möglichkeit, dass die Anklage innert sechs Stunden Einsprache erheben kann, wenn das Haftgericht beispielsweise ihren Antrag auf Haftverlängerung ablehnt.

Gefahr bei der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft abgewehrt

[21.213 | Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft. Wahl eines Mitglieds](#)

Im Sinne der SVP wurde Lionel Seeberger, Oberrichter im Kanton Wallis, zum Mitglied der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft für die verbleibende Amtsdauer 2019-2022 gewählt. Diese Kandidatur konnte sich mit 121 zu 106 Stimmen gegen die Kandidatur von Prof. Markus Schäfer (Präsident Transparency Switzerland) durchsetzen.

Bestätigung der Wahl des Direktors der Eidgenössischen Finanzkontrolle

[22.202 | Bestätigung der Wahl des Direktors der Eidgenössischen Finanzkontrolle](#)

Pascal Stirnimann wurde als Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle mit 220 Stimmen bestätigt, das absolute Mehr lag bei 112 Stimmen. Die SVP hat die Kandidatur unterstützt.

Zusätzliche und kostenintensive Präventionskampagnen gegen Gewalt

[21.4418 | Präventionskampagnen gegen Gewalt](#)

Der Nationalrat hat nun nach dem Ständerat gegen den Willen der SVP mit 127 zu 50 Stimmen bei 4 Enthaltungen eine Motion angenommen, welche den Bundesrat beauftragt regelmässig schweizerische Präventionskampagnen gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt durchzuführen. Die Kampagnen sollen unterschiedliche Formen von Gewalt abdecken und sich zielgruppengerecht an unterschiedliche Betroffenenengruppen wie auch an (potenzielle) Tatpersonen richten. Bereits heute gibt es in den Kantonen Kampagnen und spezialisierte Fachstellen.

Stossrichtung der Revision des Sexualstrafrechts stimmt

[18.043 | Strafraahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht](#)

Der Ständerat hat als Erstrat das verschärfte Sexualstrafrecht gutgeheissen. Es basiert auf der "Nein heisst Nein"-Lösung bei Vergewaltigungen. Vergewaltiger sollen zwingend ins Gefängnis müssen. Rachepornografie soll neu strafrelevant werden. In der Gesamtabstimmung nahm der Ständerat das revidierte Sexualstrafrecht mit 42 zu 0 Stimmen an. Mit der Revision wird das Sexualstrafrecht an die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre angepasst. Die Vorlage geht nun in den Nationalrat. Dieser wird sich in der Herbstsession damit befassen. Die Ratslinke war am vergangenen Dienstag im Rahmen der Beratungen zu den Kernpunkten der Vorlage mit ihrem Versuch gescheitert, im Sexualstrafrecht die "Nur Ja heisst Ja"-Lösung als Basis zu etablieren. Aus Sicht der SVP stimmt die Stossrichtung.

Online-Buchungsplattformen werden wettbewerbsrechtlich reguliert

[21.079 | Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb \(UWG\). Änderung](#)

Beide Räte verabschiedeten in der Schlussabstimmung eine Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. Ziel ist es, Online-Buchungsplattformen künftig stärker zu regulieren. Nicht nur Preisparitätsklauseln sollen in den Verträgen zwischen Online-Buchungsplattformen und Beherbergungsbetrieben verboten werden, sondern auch Angebots- und Konditionenparitätsklauseln. Aus Sicht der SVP kann der Wettbewerb mit Verboten nicht gefördert werden. Im Gegenteil: Mit Verboten behindern wir den Wettbewerb zulasten der Konsumentinnen und Konsumenten.

Volkswillen wird mit neuem Anlauf für eine staatliche E-ID missachtet

[21.3124 | Vertrauenswürdige staatliche E-ID](#)

[21.3125 | Vertrauenswürdige staatliche E-ID](#)

[21.3126 | Vertrauenswürdige staatliche E-ID](#)

[21.3127 | Vertrauenswürdige staatliche E-ID](#)

[21.3128 | Vertrauenswürdige staatliche E-ID](#)

[21.3129 | Vertrauenswürdige staatliche E-ID](#)

Der Ständerat hat nun nach dem Nationalrat gleichlautende Motionen angenommen welche das Ziel haben, ein staatliches elektronisches Identifikationsmittel zum Nachweis der eigenen Identität in der virtuellen Welt, vergleichbar mit Identitätskarte oder Pass in der physischen Welt, zu schaffen. Offensichtlich wird der Volkswille vom 7. März 2021 nicht respektiert und ein Jahr später versucht, mit restriktiv formulierten Vorstössen dasselbe Kernanliegen wieder durchzusetzen. Sorgen zum Datenschutz beispielsweise werden nach wie vor ungenügend begegnet. Dies ist höchst bedauerlich. Das Anliegen befindet sich nun beim Bundesrat zur weiteren Behandlung.

Geplanten Obsoleszenz: Nationalrat will auf die Gesamtanalyse warten

[20.4025 | Nein zur geplanten Obsoleszenz! Für elektronische Geräte muss eine minimale Lebensdauer von fünf Jahren garantiert sein](#)

Der Nationalrat hat die Motion mit 113 zu 73 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt, die verlangte, dass den Käufern eines elektronischen Geräts die Möglichkeit eingeräumt wird, der nicht der Nutzer zugeschrieben werden kann, bis fünf Jahre nach dem Kauf von der Verkäufer zu verlangen, dass das Gerät repariert oder der gesamte Kaufpreis zurückerstattet wird. Die Mehrheit will darauf warten, dass die Gesamtanalyse zur Modernisierung des Gewährleistungsrechts beendet wird und befürchtet, dass die Verlängerung der Gewährleistungsfrist einseitig zulasten des Schweizer Detailhandels gehen könnte.

Bildung

Bund wird einen Viertel der Betriebskosten der französischsprachigen Schule in Bern übernehmen

[21.068 | Bundesgesetz über Beiträge für die kantonale französischsprachige Schule in Bern. Totalrevision](#)

Der Bund beteiligt sich weiterhin finanziell an den Kosten für die französischsprachige Schule in der Stadt Bern. Als Zweitrat hat sich am Mittwoch der Ständerat für die vom Bundesrat vorgelegte Totalrevision des entsprechenden Gesetzes mit 40 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen ausgesprochen. Der Bund wird einen Viertel der Betriebskosten übernehmen, was einem Beitrag von rund 1,3 Millionen Franken im Jahr entspricht. In der Schlussabstimmung nahmen beide Räte die Vorlage an, der Nationalrat mit 155 zu 37 Stimmen bei 5 Enthaltungen und der Ständerat mit 43 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Kultur

Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele: Erleichterungen Dank die SVP

[20.069 | Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele. Bundesgesetz](#)

Das Parlament will Minderjährige besser vor Sex- und Gewaltdarstellungen in Games und Filmen schützen. Als Zweitrat hat der Ständerat einstimmig einer entsprechenden Vorlage zugestimmt. Käufe innerhalb von Apps will er darin allerdings nicht regeln. Dazu erleichtert der Ständerat die Bedingungen, damit begleiteten Kinder und Jugendliche im Kino Filme sehen dürfen, den sie allein nicht ansehen dürften.

Deklarationspflicht statt Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte

[19.4425 | Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte](#)

Mit 25 zu 19 Stimmen lehnte der Ständerat die Motion ab, die ein Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte forderte. Die kleine Kammer setzt damit primär auf die transparente Information der Konsumenten. Während die Deklarationspflicht von Pelzprodukten den Konsumenten einen fundierten Kaufentscheid ermöglichen soll, und dadurch Import und Verkauf von Pelzprodukten senkt, könnte ein Importverbot von Handelspartnern bei der WTO oder im Rahmen von Freihandelsabkommen aufgrund einer möglichen Diskriminierung angefochten werden.

Netzwerk Dritter über die Geschichte der Gleichstellung statt nationalen Frauenmuseum

[19.3627 | Die Geschichte der Frauen in der Schweiz soll in einem nationalen Frauenmuseum sichtbar werden](#)

Der Ständerat hat den Bundesrat einstimmig beauftragt, ein Konzept für ein Netzwerk Dritter über die Geschichte der Gleichstellung von Mann und Frau in der Schweiz zu erarbeiten und die Finanzierung dieses Netzwerks in der nächsten Kulturbotschaft vorzusehen. Es handelt sich hier um eine modifizierte Fassung einer Motion des Nationalrates, welche ein nationales Frauenmuseum oder ein Haus der Frauengeschichte schaffen wollte. Diese Kompromisslösung geht nun zurück an den Nationalrat.

Nur SVP lehnt zusätzliche Präventionskampagnen gegen Gewalt ab

[21.4470 | Präventionskampagnen gegen Gewalt](#)

[21.4471 | Präventionskampagnen gegen Gewalt](#)

Der Bund soll regelmässig schweizweite Kampagnen führen gegen häusliche, sexuelle und geschlechtsbezogene Gewalt. Der Nationalrat hat zwei Motionen von Jacqueline de Quattro (FDP) und Tamara Funicello (SP) gegen den Willen der SVP-Fraktion angenommen. Häusliche Gewalt ist in der Tat ein grosses Problem, und das Ziel, sie zu bekämpfen und zu verringern teilt die SVP mit den Motionärinnen de Quattro und Funicello. Jedoch besteht aus Sicht der SVP bei der Bekämpfung von Gewalt kein Staatsversagen. Polizei, Opferberatungsstellen, Sozialarbeiter, Psychologen, Paartherapeuten und viele, viele Stellen mehr befassen sich mit diesem Problem. Kantone und Städte führen seit Jahren Präventionskampagnen durch, in Trams, in Polizeistationen und auf Plakatwänden. Allein im Kanton Zürich sind mehr als 220 Personen gegen häusliche Gewalt im Einsatz. Leider ziehen die allermeisten Opfer von Gewalt ihre Anzeige gegen den Täter zurück, sofern sie überhaupt Anzeige erstattet haben. Weiter werden sich Täter aus Sicht der SVP wohl kaum von Bildern und Worten auf Plakaten von Gewalt abhalten lassen und jeder weiss: Insbesondere Gewalt gegen Frauen ist grossmehrheitlich ein Problem von nicht integrierbaren Zuwanderern. Die SVP setzt auf ein schärferes Strafrecht und auf Strafmassnahmen. Davon will aber die Ratslinke nichts wissen.

EINGEREICHTE VORSTÖSSE DER FRAKTION

[22.3579 | Basisbeitrag für die Versorgungssicherheit erhöhen und nicht senken](#)

[22.3578 | Renforcer la production de denrées alimentaires indigènes en reportant le projet visant à consacrer 3,5 pour cent des surfaces de terres ouvertes en nouvelles surfaces de biodiversité](#)

[22.3577 | Mesures urgentes pour assurer un meilleur autoapprovisionnement du pays en augmentant la production indigène](#)

[22.3576 | Abhängigkeiten vom Ausland reduzieren](#)

[22.3546 | Kein WHO-Abkommen ohne parlamentarische Genehmigung](#)

[22.3545 | Anpassung der kostenlosen Zuteilmenge \(EHS\) über die Reduktion der CO2-Emissionen](#)

[22.3544 | Reduktion der CO2-Abgabe auf Stand 2021](#)

[22.3514 | Kein Status S für Personen aus Drittstaaten](#)

[22.3513 | Regelmässige und dynamische geographische Überprüfung und Anpassung des Status S](#)

[22.3512 | Reguläres Asylverfahren statt Schutzstatus S für Menschen aus der West-, der Zentral- und der Nord-Ukraine](#)

EINGEREICHTE VORSTÖSSE VON FRAKTIONSMITGLIEDERN

[Parlamentarische Initiativen](#)

[Motionen](#)

[Postulate](#)

[Interpellationen](#)

[Anfragen](#)

[Fragestunde](#)